

Verteidigungsfähige Grenzen für einen dauerhaften Frieden

Dr. Dore Gold

Ehemaliger Botschafter des Staates Israel bei den Vereinten Nationen

Generalmajor (Res.) Yaakov Amidror

Ehemaliger Leiter der Abteilung Auswertung, Militärischer Nachrichtendienst Israels

Dr. Meir Rosenne

Ehemaliger Botschafter des Staates Israel in den USA und Frankreich



Jerusalem Center for Public Affairs (ע"ר) המרכז הירושלמי לענייני ציבור ומדינה

© 2005 Jerusalem Center for Public Affairs

Tel Hai Str. 13, Jerusalem, Israel

Tel. 972-2-561-9281 Fax. 972-2-561-9112 Email: jcpa@netvision.net.il

www.jcpa.org

ISBN 965-218-049-1

Projektleitung: Dan Diker

Produktionskoordination: Edna Weinstock-Gabay

Landkarten: Vered Shatil

Graphik: Avigail Horowitz

Übersetzung: Regine Sturm

Inhalt

<i>Einleitung:</i>	vii
Verteidigungsfähige Grenzen und regionale Stabilität – Dore Gold	
<i>Abstract:</i>	
Problemstellung und Empfehlung	1
<i>Die militärisch-strategische Perspektive:</i>	
Israel fordert sichere Grenzen – Yaacov Amidror	13
Anhang 1: Militärisch-strategische Aspekte der Topographie des Westjordanlandes in Bezug auf die Verteidigung Israels	37
<i>Die juristische Perspektive:</i>	
Erklärungen zu UN-Sicherheitsratsresolution 242 zum Nahen Osten vom 22. November 1967 – Meir Rosenne	43
Das „Jerusalem Center for Public Affairs“	54

Liste der Landkarten

Karte 1 Israel und der Nahe Osten	xiv
Karte 2 Israel innerhalb der Waffenstillstandslinien von 1949 (Grenzen vor 1967)	xv
Karte 3 Allon Plan, 1970	11
Karte 4 Bedrohung israelischer Bevölkerungszentren aus dem westjordanland	31
Karte 5 Bedrohung vitaler israelischer Interessen aus strategischen Gebieten jenseits des Sicherheitszauns: Schutz des Ben-Gurion Flughafens und der Autobahn Tel-Aviv – Jerusalem	34
Karte 6 Israels strategische Verletzbarkeit gegen Angriffe aus dem westjordanland	38
Karte 7 Topographie und Israels Sicherheit: Einsatz der 1300m hohen Hügelkette zum Schutz der gefährdeten Küstenebene	41

Einleitung: verteidigungsfähige Grenzen und regionale Stabilität

Dore Gold

Seit Israel im Sechs-Tage-Krieg von 1967 die West Bank vom jordanischen Königreich eroberte, befindet sich die internationale Gemeinschaft in einer paradoxen Situation. Einerseits wurde Israel dazu aufgerufen, seine Streitkräfte gegen einen Friedensvertrag mit seinen Nachbarn abzuziehen; andererseits besteht jedoch die Einsicht, dass eine Friedensregelung regionale Stabilität in einem so leicht entflammaren Nahen Osten gewährleisten muss. Diese miteinander konkurrierenden Ziele spiegeln sich in der einstimmigen Entscheidung des UN Sicherheitsrates von November 1967 in Resolution 242 wider, in der Israel aufgerufen wird, sich „von Territorien“ zurückzuziehen, jedoch nicht von „allen Territorien“. Wie Präsident Johnson damals darstellte, bedeute eine Wiederherstellung des status quo ante eine Garantie für das Ausbrechen eines neuen Krieges. Daher rief der UN Sicherheitsrat, statt der Wiedereinrichtung der früheren Waffenstillstandslinien, von denen aus Israel angegriffen worden war, zur Errichtung von „sicheren und anerkannten Grenzen“ auf.

Als Präsident George W. Bush Ministerpräsident Ariel Sharon am 14. April 2004 versicherte, dass Israel „verteidigungsfähige Grenzen“ in der West Bank verlangen dürfe, brachte er keine neue politische Betrachtungsweise in die Friedensbestrebungen, sondern bestätigte lediglich, was der US Sicherheitsrat vor fast 40 Jahren festgelegt hatte. Darüber hinaus handelte es sich dabei nicht nur um die amerikanische Betrachtungsweise von Israels Rechten und Pflichten. Resolution 242 wurde von Lord Caradon aufgesetzt, britischer UN Vertreter für Ministerpräsident Harold Wilson. Der britische Außenminister George Brown bestätigte 1969, dass Resolution 242 nicht von Israel verlange, sich auf die Vorkriegsgrenzen zurückzuziehen.

Jahre später, 1990, als der Irak widerrechtlich nach Kuwait einmarschierte, verabschiedete der UN Sicherheitsrat Resolutionen, die unter Kapitel VII der UN Charta, das spezifisch von „aggressiven Handlungen“ spricht, Iraks unverzüglichen und totalen Abzug verlangten. Im Gegensatz dazu wurde die Resolution 242 unter Kapitel VI der UN Charta, das von der

„friedlichen Beilegung von Streitigkeiten“ spricht, verabschiedet. Die Sowjetunion scheiterte in ihrem Versuch, Israel in der UN Vollversammlung als den Angreifer von 1967 verurteilen zu lassen; für die ganze Welt war es völlig offensichtlich, dass Israel sich während des Sechs-Tage-Krieges gegen die Aggression zu verteidigen hatte.

In den darauf folgenden Jahren wurde den führenden Politikern der Welt klar, dass die Logik hinter Resolution 242 für die Wahrung regionaler Stabilität von ausschlaggebender Bedeutung ist. Notwendig war die Beibehaltung eines ausgewogenen Gleichgewichts zwischen neuen diplomatischen Initiativen und den Sicherheitsansprüchen Israels. Als Präsident Ronald Reagan 1982 seinen Friedensplan vorlegte, sprach er daher von „verteidigungsfähigen Grenzen“, die Israel besitzen müsse; sein Außenminister George Schultz fügte 1988 ausdrücklich hinzu, das Israel sich „nie“ auf die Grenzen von 1967 zurückziehen würde. Dies fand in der Friedenskonferenz von Madrid 1991 seinen Ausdruck, als Präsident George H. W. Bush Araber und Israelis dazu aufrief, einen „territorialen Kompromiss“ anzustreben. Nach dem Golfkrieg erklärte Ministerpräsidentin Margaret Thatcher, dass „verteidigungsfähige Grenzen für Israel offensichtlich von Bedeutung bleiben“ würden. Einige Jahre später drückte der französische Staatspräsident Francois Mitterand seine Unterstützung für einen solchen Kompromiss aus, der auf dem „Allon Plan“ basieren sollte, so benannt nach Yigal Allon, dem israelischen Außenminister in der ersten Rabin Regierung der 70er Jahre.

Diese langjährige Interpretation von Resolution 242 erlebt in letzter Zeit allerdings eine Reihe von Veränderungen. So erklärte Javier Solana im Oktober 2004 in einem „Spiegel“-Interview, dass er im Rahmen der „Road Map“ eine israelische Verpflichtung anstrebe, sich aus „allen besetzten Gebieten“ völlig zurückzuziehen. In ähnlichem Sinne schrieb Chris Patten, dass die EU sich zu einem israelisch-palästinensischen Abkommen verpflichte, „auf der Grundlage der

Grenzen von 1967". Durch die Annahme einer Haltung, die eigentlich einen völligen israelischen Abzug aus den im Sechs-Tag-Krieg eroberten Gebieten verlangt, übernimmt die Europäische Union „en bloc“ die arabische diplomatische Haltung, ohne Berücksichtigung der israelischen. Dementsprechend bevorzugt die israelische Diplomatie fast immer die US amerikanische diplomatische Rolle im Friedensprozess gegenüber der europäischen.

Individuell betrachtet waren nicht alle EU Mitglieder gleichermaßen streng im Hinblick auf den israelischen Rückzug. Die britische Position z.B. wurde von dem Schreiben Präsident Bushs an Sharon beeinflusst. Über die US amerikanische Verpflichtung zu Israels „verteidigungsfähigen Grenzen“ hinaus, enthielt Bushs Schreiben einen Satz mit der Aussage: „Angesichts der neuen Gegebenheiten vor Ort, einschließlich der bestehenden großen israelischen Bevölkerungszentren, ist es unrealistisch einen vollen und absoluten Rückzug auf die Waffenstillstandslinien von 1949 zu erwarten und alle bisher unternommenen Versuche, eine Zwei-Staatenlösung auszuhandeln, sind zur selben Schlussfolgerung gelangt“. Vor dem britischen Parlament am 21. Juni 2005 sagte der britische Außenminister Jack Straw etwas sehr Ähnliches: „Ja, es wird einen Austausch von Land und Territorien geben. Die meisten Israelis, mit denen ich spreche, einschließlich Regierungsvertretern, erkennen das an. Eine solche Lösung wird auch unbedingt die Entwicklungen seit 1967 berücksichtigen müssen“. Diese britische Haltung besaß zusätzliches Gewicht, da das Vereinigte Königreich damals die EU Präsidentschaft inne hatte.

Warum haben sich einige EU Mitglieder von der UN Sicherheitsratsresolution 242 gelöst? Die europäischen Sprecher bestehen oft darauf, dass Israel sein internationales Recht auf „verteidigungsfähige Grenzen“ aufgibt, aufgrund der fehlgerichteten Annahme, dass eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts, und sei es durch eine aufgezwungene Lösung, irgendwie den gesamten Nahen Osten, von Nordafrika bis zum Iran, stabilisieren könne. Während des Kalten

Krieges glaubten die Vertreter dieser Idee, dass eine solche Lösung die Risiken eines sowjetisch-amerikanischen Zusammenstoßes in der Region senken könnte. Heute glauben die Vertreter einer aufgezwungenen Lösung, dass der israelisch-palästinensische Konflikt die Ursache für den aufflackernden islamischen Militantismus darstellt, der Al-Qaida und andere globale Bedrohungen hervorgebracht hat. Dabei wurde Al-Qaida weder 1948, 1967 noch 1973 als Reaktion auf einen arabisch-israelischen Krieg gegründet, sondern vielmehr im Jahre 1989, aufgrund der sowjetischen Niederlage in Afghanistan. Als Israel im Friedensprozess der Jahre 1993 bis 2000 beispiellose Zugeständnisse gewährte, hatte dies auch nicht die geringsten Auswirkungen auf die wütenden Aktivitäten von Al-Qaida im selben Zeitraum, die einen kaltblütigen Angriff nach dem anderen verübten: in Saudi-Arabien im Jahre 1995, der Anschlag auf die US Botschaften in Ostafrika 1998, auf die USS Cole im Jahre 2000 und schließlich der Anschlag vom 11. September 2001.

Aus den Aufzeichnungen der 90er Jahre geht klar hervor, dass insbesondere nach israelischen Zugeständnissen eine Welle von Terrorangriffen gegen Israel ausgelöst werden kann, wenn sich keine palästinensische Führung abzeichnet, die die Sicherheitsverantwortung für die von Israel geräumten Gebiete übernimmt. Nach den Abkommen von Oslo im Jahre 1993 entwickelte sich die Infrastruktur der Hamas-Bewegung in der West Bank auf sehr bedeutende Art und Weise; erst durch eine großangelegte israelische Militäraktion im Jahre 2002, „Schutzschild“ genannt, konnte die Infrastruktur, die für zahlreiche Selbstmordattentate in den Zentren israelischer Städte verantwortlich war, entwurzelt werden. Als Israel im Sommer 2005 den Rückzug aus dem Gazastreifen vollzog, wurde das neugeschaffene Sicherheitsvakuum nicht nur von der Hamas- und der islamischen Jihad-Bewegung gefüllt, sondern auch von Zellen der Al-Qaida. Heute stellt sich die Hamas-Bewegung als Modell dar, das von anderen islamistischen Gruppen nachzuahmen sei; ihre Anführer haben ganz offen und nachdrücklich ihre Hoffnung ausgedrückt, dass ihr Sieg als Ansporn für die Mudschahidin in Afghanistan und im Irak verstanden wird. Ein aufgezwungener,

völliger israelischer Rückzug aus den verbleibenden Gebieten der West Bank und aus Jerusalem würde als völliger Zusammenbruch der israelischen Absichten interpretiert und könnte sogar den Jihad-Militantismus von Pakistan bis Ägypten und bis ins Zentrum Europas wieder anfächern. Schließlich war es der sowjetische Rückzug aus Afghanistan, der die gegenwärtige militante Welle auslöste, als die afghanischen Araber, die an den dortigen Kämpfen teilnahmen, feststellten, ihr Sieg bedeute lediglich den ersten Schritt in einer weltweiten islamistischen Kampagne.

Die Bedrohung der regionalen Stabilität, die aus solchen Entwicklungen hervorgeht, kann nicht überbewertet werden. Historisch gesehen gingen die meisten arabisch-israelischen Kriege aus Situationen hervor, die sich aus kumulativen Terroranschläge gegen Israel eskalierten. Heute haben die regionalen Gefahren, die der Terrorismus mit sich bringt, sehr stark zugenommen. Der Terrorismus beschränkt sich nicht mehr auf Straßenbomben, einzelne Schussangriffe oder Messerstechereien. Heute kann der Terrorismus zu Massenmorden führen, wie wir sie in diesem Umfang bisher nicht kannten - durch Angriffe auf Hochhäuser, öffentliche Verkehrsmittel und nationale Infrastrukturanlagen. Sowohl Al-Qaida, als auch seine ortsansässigen Netzwerke im Nahen Osten, wie etwa Abu Musab al-Zarkawi, haben mit nicht-konventionellem Terrorismus, insbesondere mit biologischen und chemischen Waffen, Erfahrung gesammelt. Die westlichen Nachrichtendienste befürchten in steigendem Maße den zu erwartenden Einsatz „radiologischer“ Waffen - einer „schmutzigen“ Bombe - durch diese Gruppen. Kurz ausgedrückt, angesichts des Ausmaßes der internationalen Terrorbedrohung nach dem 11. September kann Israel es nicht zulassen, dass Gebiete entlang der Landesgrenzen zur „Heimat“ radikaler islamistischer Gruppen werden, deren Ziel darin besteht, das Landesinnere Israels anzugreifen.

Aus diesem Grunde hat wahrscheinlich Israels verstorbener Ministerpräsident Itzchak Rabin in seiner letzten Rede vor der Knesset im Oktober 1995 darauf bestanden, dass Israel das Jordantal „im

weitesten Sinne des Wortes” beibehält. Sollte sich Israel vollkommen aus dieser strategischen Barriere zurückziehen, werden zweifellos viele globale Jihad-Gruppen diese neue Situation ausnützen und ihre Anstrengungen, die West Bank mit Freiwilligen und Ausrüstung zu infiltrieren, intensivieren, - ein Ziel, das Anführer wie Zarqawi schon offen ausgesprochen haben. Von palästinensischen Städten auf den Hügeln der West Bank, die den internationalen Ben Gurion Flughafen überblicken, wäre es ein Leichtes, die Zivilluftfahrt, viele israelische Bevölkerungszentren und die Spitzenindustrieanlagen anzugreifen, die sich in der unterhalb dieser Hügel gelegenen Küstenebene befinden.

Sollte Israel diese Gebiete der West Bank, die von den Hauptverantwortlichen der israelischen nationalen Sicherheit als lebenswichtig angesehen werden, völlig räumen, wären auch andere Staaten des Nahen Ostens davon betroffen. Eine israelische Verwundbarkeit hätte ganz zweifellos auch negative Einflüsse auf die Stabilität in Jordanien, da das Königreich zu einem neuen Sprungbrett für Angriffe gegen Israel würde, wie es schon in den späten 60er Jahren der Fall war. Darüber hinaus hat Jordanien traditionell mit palästinensischem Irredentismus zu kämpfen, der durch einen israelischen Rückzug aus dem Jordantal ebenfalls verstärkt werden könnte, da ein solcher Rückzug das im Königreich herrschende heikle Gleichgewicht zwischen Jordaniern aus der East Bank und solchen mit palästinensischen Wurzeln stören würde. Eine Destabilisierung von Jordanien betrifft alle umliegenden Staaten: Syrien, den Irak und Saudi Arabien. Kurz gesagt, israelische territoriale Zugeständnisse, die das Ziel verfolgen, regionale Stabilität und Frieden zu fördern, könnten in der Tat den genau entgegengesetzten Effekt erzielen - nämlich eine Destabilisierung der ganzen Region.

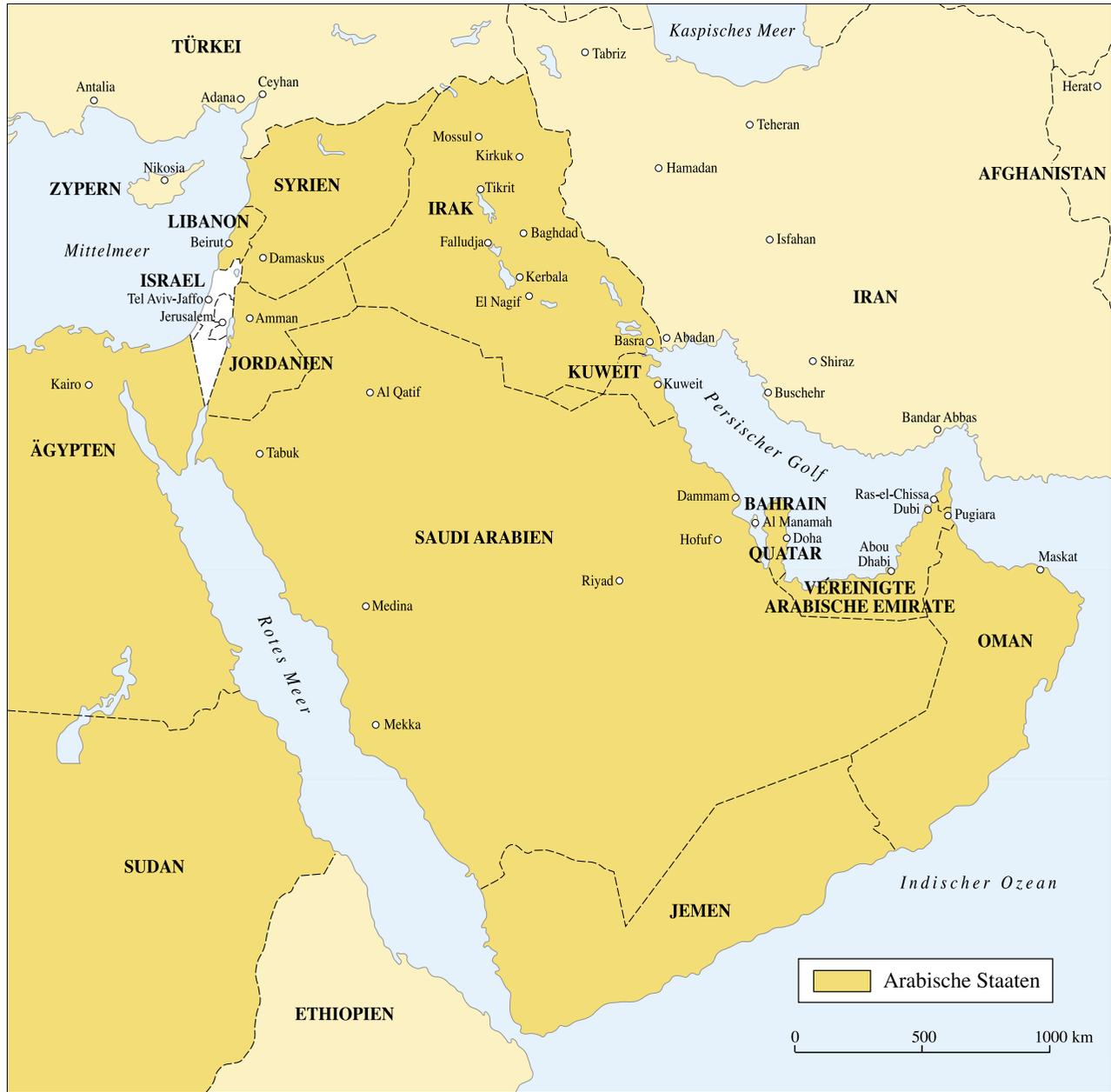
Es handelt sich dabei nicht um eine rein theoretische Frage. Eine der unbeabsichtigten Nebenwirkungen des Irakkrieges im Jahre 2003 ist die Schaffung eines neuen Zentrums globaler Jihad-Aktivitäten im Herzen der arabischen Welt - nicht mehr nur im weit entfernten Afghanistan. Al-Qaida hat die feste Absicht, seinen Jihad in die westlichen Nachbarländer des

Iraks zu exportieren. Seit Sommer 2005 haben Al-Qaida Zellen, die dem Netzwerk von Zarkawi im Irak angehören, verstärkt Angriffe in Jordanien durchgeführt. Israelische Militärverantwortliche haben aufgedeckt, dass Zarkawi einen Vorposten in Jordanien eingerichtet hat, der Versuche unternimmt, in der West Bank ansässige Palästinenser zu rekrutieren. Diese Tatsache sollte eigentlich nicht überraschen, da unmittelbar nach dem israelischen Rückzug aus dem Gazastreifen im August 2005 Al-Qaida Zellen aus der ägyptischen Sinaiwüste den Gazastreifen infiltrierten.

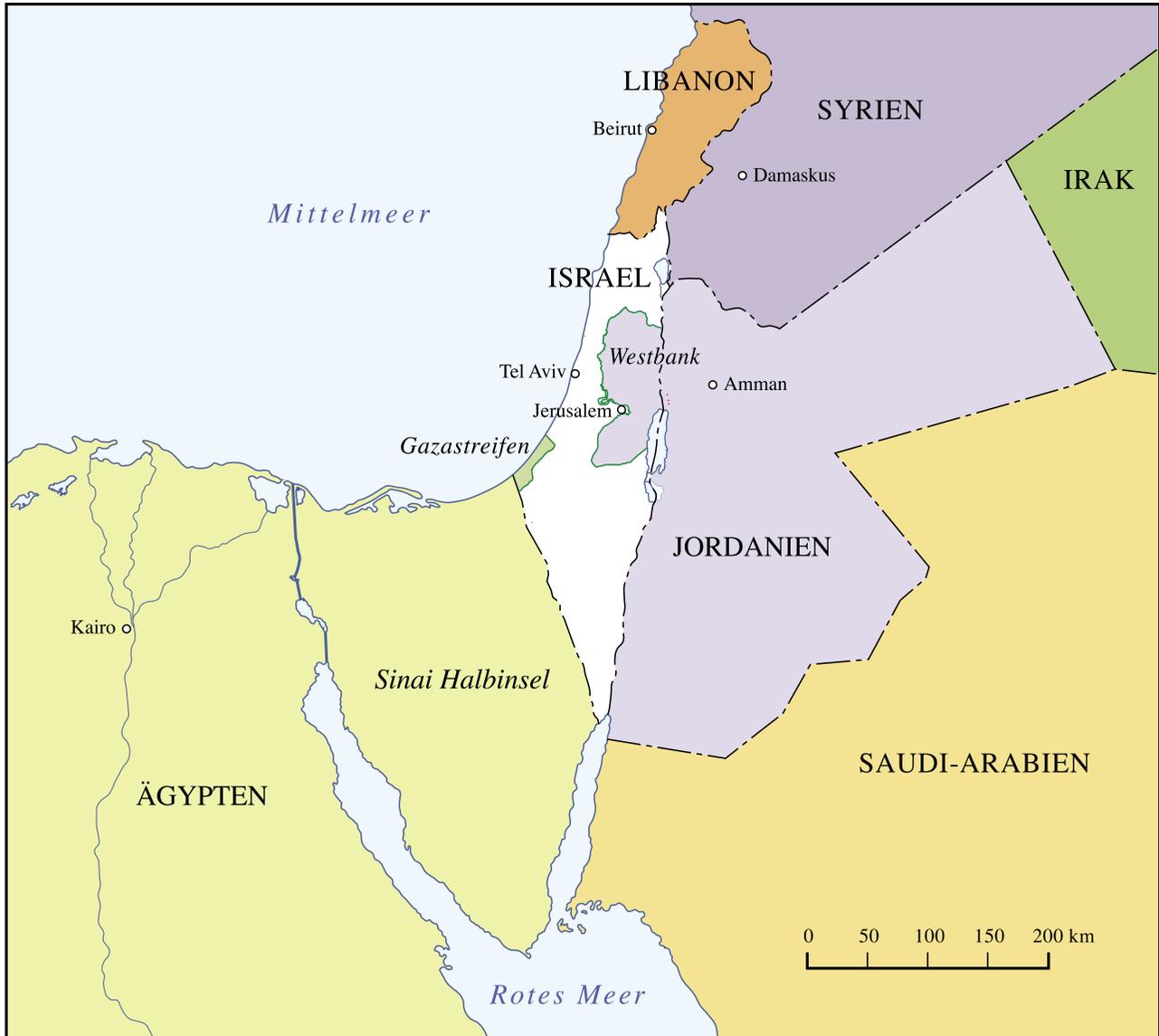
Mit dem Wahlerfolg der Hamas-Bewegung in der palästinensischen Autonomieverwaltung haben radikale Islamisten in Jordanien schon erklärt, sie arbeiteten auf einen ähnlichen Erfolg in Jordanien selbst hin. Militante Gruppen der Moslembrüder haben unter den jordanischen Beduinen der East Bank sowie unter der jordanisch-palästinensischen Bevölkerung bereits festen Fuss gefasst. Sollte Israel sich aus dem Jordantal zurückziehen und eine unmittelbare Berührung zwischen einem Hamas-Regime in der West Bank und der jordanischen East Bank herstellen, würde der Radikalisierungsprozess Jordaniens dadurch zweifellos beschleunigt. Israels neugewonnene Verwundbarkeit würde das Interesse aufständischer Freiwilliger aus der gesamten islamischen Welt wecken, die nach Jordanien strömen würden, um sich ihren radikalen islamistischen Verbündeten in jedem von der Hamas regierten Gebiet auf der anderen Uferseite des Jordans anzuschließen. Ein solcher Sachverhalt wäre ganz eindeutig der Sicherheit Israels und Jordaniens höchst abträglich.

In diesen Sinne sind verteidigungsfähige Grenzen nicht nur völlig mit der Sicherheit Israels verbunden, sondern auch mit der Stabilität im Nahen Osten. Es gehört zum heiklen Kräftegleichgewicht im Nahen Osten, das einen breitangelegten arabisch-israelischen Krieg seit 1973 vermieden hat. Aus diesem Grund gehört ein Verständnis von Israels Rechten und Ansprüchen auf verteidigungsfähige Grenzen zu den Voraussetzungen für jede informierte Haltung in den politischen Debatten um den Nahen Osten von heute.

Karte 1: Israel und der Nahe Osten



Karte 2: Bedrohung israelischer Bevölkerungszentren aus dem Westjordanland



Abstract: Problemstellung und Empfehlung

Das Programm der israelischen Regierung, sich aus dem Gazastreifen zurückzuziehen, war in der Annahme verankert, dass Israel für diesen Schritt seitens der palästinensischen Autonomieregierung mit keinerlei Gegenleistung rechnen könne – dennoch beschloss Israel den Rückzug aus dem Gazastreifen, um mit den Vereinigten Staaten zu Übereinkommen über die Zukunft der politischen Verhandlungen zu gelangen. Diese Übereinkommen wurden am 14. April 2004 in einem Schreiben Präsident George Bushs an den israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon dargelegt. Darin sagt Bush dem Ministerpräsidenten nicht nur Amerikas Unterstützung in der Debatte um die Beibehaltung größerer Siedlungskonzentrationen zu, sondern bezieht sich ganz spezifisch auf die Verpflichtung der USA gegenüber Israels Recht auf „verteidigungsfähige“ Grenzen im der West Bank – im Zusammenhang mit einer Verstärkung „Israels Fähigkeit, sich mit eigenen Kräften zu verteidigen“. Mit anderen Worten: aus dem Brief des Präsidenten geht hervor, dass verteidigungsfähige Grenzen nicht durch etwaige israelisch-amerikanische Verteidigungsabkommen oder die Stationierung von Nato-Truppen entstehen, sondern indem man dafür sorgt, dass die israelische Armee die bestmöglichen Grundvoraussetzungen dafür erhält, mit einer Vielfalt zukünftiger Bedrohungen umzugehen. Es ist offensichtlich, dass dies nur dann möglich ist, wenn diese Grenzen sämtlichen militärischen und sicherheitsbedingten Kriterien entsprechen.

Dennoch wurden im Laufe der Debatten über den Rückzugsplan Stimmen laut, die den Wert der amerikanischen Verpflichtungen anzweifelten. Heute jedoch, wo der Rückzug bereits zu einer unumstößlichen Tatsache geworden ist, ist Präsident Bushs Schreiben bezüglich der „verteidigungsfähigen“ Grenzen eine bedeutende Errungenschaft, die Israel in Folge dieses Schrittes in Händen hält. Die Frage, ob die Formulierung dieses Schreibens eine angemessene Gegenleistung für Israels Entscheidung zu seinem Rückzug aus dem Gazastreifen darstellt, ist inzwischen zu einem rein akademischen Thema geworden.

Daher muss mit größter Sorgfalt analysiert werden, welche Bedeutung der Ausdruck „verteidigungsfähige Grenzen“ für Israels zukünftige Sicherheit tatsächlich besitzt und inwiefern er auf die Gegebenheiten im westjordanland angewendet werden kann. Dabei wäre zu bemerken, dass der Begriff „verteidigungsfähige Grenzen“ durchaus nicht neu ist. Schon nach dem Sechstage-Krieg im Jahre 1967, in dessen Verlauf Israel die Kontrolle über das Westjordanland gewonnen hat, herrschte ein allgemeiner Konsens darüber, dass Israel einen Verteidigungskrieg geführt habe. Wie schon im Jahre 1948 musste Israel sich gegen eine Koalition von fünf arabischen Staaten verteidigen. Aus diesem Grund stellten auch die Vereinten Nationen fest, dass Israel ein Anrecht auf „anerkannte und sichere“ neue Grenzen besäße – sie sollten jene ersetzen, von denen aus es angegriffen worden war. So wurde das in der UN-Resolution 242 auch ausdrücklich formuliert. Alle Entscheidungsträger, die damals am Entwurf der Pläne für Israels nationale Sicherheit mitwirkten, von Moshe Dayan über Menachem Begin und Itzhak Rabin bis zu Ariel Sharon, teilten die Überzeugung, dass Israel zur Sicherung eines haltbaren Friedens auch Grenzlinien bräuchte, die verteidigungsfähig seien.

Ungeachtet der Tatsache, dass Israels Recht auf verteidigungsfähige Grenzen erst vor kurzem von der Bush-Regierung anerkannt wurde, wird dieses Thema bei den meisten öffentlichen Debatten über den Friedensprozess im Nahen Osten schlicht ignoriert. Betont werden dabei meist die territorialen Bedürfnisse der Palästinenser und die demographischen Befürchtungen vieler Israelis. Nur in seltenen Fällen wird den israelischen Sicherheitsbedürfnissen ähnliches Gewicht beigemessen. In gewissen Kreisen in Israel und in Europa wird ein Großteil von Israels Sicherheitsbedürfnissen einfach von der Hand gewiesen, mit dem Argument, der Nahe Osten befände sich in einem massiven Umwandlungsprozess. Israels Forderungen nach verteidigungsfähigen Grenzen seien in Anbetracht der neuesten militärischen Technologien längst veraltet und hätten sich erübrigt.

Aktuelle Studien jedoch unterstützen den Schluss, dass dasselbe professionelle Sicherheitsdenken, das Israels Forderung nach verteidigungsfähigen Grenzen in der Vergangenheit gerechtfertigt hat, heute noch ebenso gültig ist wie 1967:

- **Auf Grund der Konstellationen, die sich nach dem Irak-Krieg von 2003 ergeben haben, kann Israels strategisches Zukunftskonzept nicht nur auf einer Einschätzung der aktuellen Lage basieren.** Eine solche Politik muss die für den Nahen Osten so typische Ungewissheit ebenso in Betracht ziehen wie mögliche Veränderungen, die die Sicherheit und die Existenz des Staates Israel beeinflussen könnten. So kann zum Beispiel niemand garantieren, dass der Irak sich in fünf oder zehn Jahren nicht in einen vom Iran beeinflussten, fundamentalistischen islamischen Staat verwandelt und vielleicht sogar seine ehemaligen kriegerischen Provokationen gegenüber Israel wieder aufnimmt, wie es bei früheren irakischen Regimen bereits der Fall war.
- Ebenso groß ist die Ungewissheit im Hinblick auf Israels Nachbarstaat im Osten – das Königreich Jordanien. Der Friedensvertrag zwischen Israel und dem Staat am Ostufer des Jordanflusses ist eine bedeutende strategische Errungenschaft und Israel hofft, dass die haschemitische Dynastie in Jordanien noch viele Jahre an der Macht bleibt. Dennoch kann man ein Szenario nicht ausschließen, bei dem die Monarchie durch ein neues, weniger freundlich gesonnenes Regime ersetzt wird, das die Unterstützung der in Jordanien lebenden palästinensischen Mehrheit genießt. Die Ungewissheit über die Stabilität der regionalen Regimes muss bei jeder Entscheidung über Israels Grenzen als wichtige Komponente mitberücksichtigt werden.
- **Vom militärischen Standpunkt aus verliert Israel an den Grenzen vor 1967 seine Selbstverteidigungsfähigkeit.** Auf Grund von Verteidigungsprinzipien, die bei allen Armeen der Welt gültig sind, basiert ein seines Namens würdiger Verteidigungsplan auf dem Konzept

der strategischen Tiefe, die es den Streitkräften ermöglicht, eine angemessene Entfernung zwischen die Frontlinien und das Hinterland ihres Staates zu legen. Innerhalb der Grenzen vor 1967 ist Israels schmalste Stelle gerade 15 km breit. Es entbehrt also jeglicher eben genannter strategischen Tiefe, wobei der Großteil seiner Ressourcen (Bevölkerung, Flughäfen, Industrien und Hauptverkehrsadern) dem Feuer jedes Angreifers ausgeliefert ist, dem es gelingt, sich des westjordanlands zu bemächtigen. Dieses höher gelegene Gebiet beherrscht praktisch ohne jeden Abstand die gesamte strategische Breite des Staates Israel und bietet eine ideale Plattform für Angriffe regionaler militärischer Kräfte und den Einsatz zielgenauer Waffen.

- Nach dem Sechs-Tage-Krieg untersuchte das Pentagon die Frage nach Israels Verteidigungsbedürfnissen. Eine aus Vertretern der verschiedenen Stäbe zusammengesetzte Sachverständigenkommission kam zu dem Schluss, dass „Israel, rein militärisch betrachtet, verpflichtet ist, einen Teil der besetzten arabischen Gebiete beizubehalten, um sich strategisch verteidigungsfähige Grenzen zu schaffen“. In einer ausführlicheren Stellungnahme zum westjordanland schrieben die Militärsachverständigen, Israel müsse „jene höher gelegene Ebene kontrollieren, die sich zwischen Jerusalem und Jenin von Nord nach Süd erstreckt“. Seit die Sachverständigenkommission diesen Bericht verfasste, hat sich die effektive Reichweite von Waffen durch neue Militärtechnologien erheblich vergrößert, vor allem durch die Einführung zielgenauer, ferngesteuerter Waffensysteme. Und tatsächlich hat die Armee der Vereinigten Staaten in den letzten Jahren die für ihre eigenen Divisionen festgelegte minimale strategische Verteidigungstiefe fast verdoppelt.
- In den Grenzen von 1967 ist Israel ein verführerisches Ziel und könnte den Eindruck erwecken, im Fall eines Angriffs völlig hilflos ausgeliefert zu sein. Eine solche Schwachstelle hätte den Effekt einer offenen Tür, die Diebe geradezu einlädt. Nur die Erkenntnis der umliegenden

Staaten, dass sie keinerlei Chancen besitzen, Israel in einem solchen Krieg zu schlagen, kann die Eröffnung eines solchen Krieges verhindern. Sie wäre ein Anreiz für so manche militärische Initiative zur Liquidierung des Staates Israel. Und was die Zukunft anbelangt: in einem nuklear gerüsteten Nahen Osten, wo die gegenseitige strategische Abschreckungsfähigkeit praktisch neutralisiert ist, fällt die Bedeutung konventioneller militärischer Erwägungen noch stärker ins Gewicht, unter anderem deshalb, weil Israel dort einen Teil seiner derzeitigen Abschreckungskraft verlöre, die auf dem allgemein verbreiteten Glauben beruht, dass es die einzige Nuklearmacht im Nahen Osten sei. Daher sind Lage und topographischer Charakter von Israels zukünftigen Grenzen für die Vereitelung etwaiger Kriegspläne seiner Feinde von größter Bedeutung.

- Nach dem Hamas-Sieg in den palästinensischen Gebieten sieht es nicht so aus, als würden die Palästinenser selbst die Terrororganisationen entwaffnen, die auf den Gebieten der palästinensischen Autonomie Waffenarsenale eingerichtet haben. Genau genommen wurden die im Rahmen von Oslo und der „Road Map“ getroffenen Entwaffnungsvereinbarungen von der palästinensischen Autonomieregierung schon in den neunziger Jahren gebrochen, und auch Palästinenserchef Mahmud Abbas (Abu Masen) zeigt keinerlei Anzeichen einer Bereitschaft, die Infrastruktur des Terrors zu zerstören. Es ist daher angeraten, sich darauf vorzubereiten, auch in den kommenden Jahren den Herausforderungen des palästinensischen Terrorismus ausgesetzt zu sein, auch wenn einige Terrororganisationen eine „Hudna“ anbieten sollten*.
- Man kann voraussetzen, dass der Terrorismus in seinen unterschiedlichsten Erscheinungsformen Israel noch viele Jahre lang bedrohen wird. Auch wenn sich Israel mit seinen palästinensischen

*| Hudna – zeitlich begrenzter Waffenstillstand

Nachbarn im westjordanland und im Gazastreifen einigen sollte, muss dennoch davon ausgegangen werden, dass die Kräfte des internationalen Jihad, die Israels Nachbarstaaten und den Gazastreifen bereits infiltriert haben, dort die gefährlichsten Vernichtungswaffen einschmuggeln werden, z.B. sind Schulterraketen zur Flugabwehr, die sich schon im Besitz der irakischen Armee von Saddam Hussein befanden, nicht einfach „verschwunden“. Es handelt sich um etwa 4000 Raketen, die die verschiedenen Terrororganisationen erreichen können.

- Ebenso wie diese werden auch die palästinensischen Gegner der Verträge weiterhin keinen Versuch unterlassen, die israelische Zivilbevölkerung zu treffen. Die Erfahrungen, die Israel im Libanon, im westjordanland und im Gazastreifen gesammelt hat, weisen ebenso wie die Erfahrungen der Amerikaner im Irak darauf hin, dass es keine Chance gibt, den Terror zu besiegen, wenn man es nicht schafft, die Gebiete, aus denen er kommt, wirksam zu isolieren. Angesichts des Fehlens einer geographischen Grenze muss man damit rechnen, dass vom Irak her sowohl Waffensysteme als auch Terroristen über das Jordantal auf die Anhöhen des Westjordanlands strömen und Israel bedrohen werden. Wie die Vergangenheit bereits zeigt, wird es der israelischen Armee nicht gelingen, diese Form des Terrorismus zu unterdrücken, unter anderem deshalb nicht, weil sie dessen Aktionsbereich im westjordanland nicht isolieren kann. Massive, von den Gebieten der palästinensischen Autonomie ausgehende Terrorangriffe auf die Ballungszentren Israels werden für das Alltagsleben eines Großteils der Bürger dieses Staates eine echte Bedrohung darstellen.
- Der Sicherheitszaun, der derzeit im westjordanland errichtet wird, kann keinesfalls Israels künftige östliche Staatsgrenze darstellen. Dieser Zaun wird lediglich zu einem einzigen Zweck gebaut: um die Gefahr zu verringern, dass Selbstmordattentäter ins Land eindringen. Der Zaun hat keinerlei Einfluss auf die Bedrohung durch Maschinengewehre, Scharfschützen, Mörsergranaten, Katjuscha-

Raketen und andere Waffen mit größerer Reichweite. Der Sicherheitszaun schützt auch nicht vor gegen Flugzeuge eingesetzte Schulterraketen, welche die zivile Luftfahrt bedrohen könnten, und ganz gewiss ist er für die Verteidigung des Staates Israel gegen irgendwelche feindlichen Armeen ohne jede Bedeutung.

- „Verteidigungsfähige Grenzen“ müssen Israel die Möglichkeit geben, einerseits den Terrorismus erfolgreich zu bekämpfen und andererseits konventionelle militärische Übergriffe abzuwehren. Aus diesem Grund müssen verteidigungsfähige Grenzen folgende drei Elemente enthalten:
 - a) die Kontrolle über das Jordantal – „im weitesten Sinn des Wortes“, wie es der verstorbene Ministerpräsident Yitzchak Rabin einen Monat vor seiner Ermordung definierte und das, obwohl er einen Friedensvertrag mit dem jordanischen Königreich unterschrieben hatte. Das gilt sowohl im Hinblick auf die Notwendigkeit, das Jordantal als Sperre gegen Schmuggelversuche und die Infiltrierung terroristischer Kräfte beizubehalten, als auch im Hinblick auf die Notwendigkeit einer militärischen Präsenz in den Gebieten des westlichen Jordantals – als Sperre gegen feindliche Invasionsarmeen aus dem Osten.
 - b) die Erweiterung des engen Korridors zwischen Jerusalem und Tel-Aviv und das sowohl an dessen Nord- als auch an dessen Südende. Außerdem muss auch im Osten der Landeshauptstadt ein Verteidigungsraum geschaffen werden. Eine Hauptstadt, die gleichzeitig eine Grenzstadt und mit dem restlichen Land nur über eine einzige Straße verbunden ist, wäre als Realität untragbar.
 - c) die Verlegung von Israels Grenze nach Osten – in allen Gebieten, die militärisch gesehen zur Verteidigung des Staates sowie zur Verhinderung von Terrorangriffen auf empfindlichste

Zielpunkte unerlässlich sind. Dabei muss man auch an jene Anhöhen denken, die Israels internationalen Flughafen, den Ben Gurion-Airport überragen, sowie die Gebiete, die an die ehemalige „schlanke Taille des Landes“ an der Küstenebene zwischen Tel-Aviv und Netanya angrenzen.

- Eine palästinensische Kontrolle über das Jordantal hätte auch geostrategische Auswirkungen auf die gesamte Region. Eine solche Kontrolle würde auch die Irredenta-Tendenzen in Jordanien erleichtern und die Zukunft des haschemitischen Königreiches gefährden. Es ist für Israel von lebenswichtigem Interesse, Jordanien als stabile Trennwand zwischen Syrien, dem Irak und dem künftigen Palästinenserstaat beizubehalten. Jede andere Entwicklung würde die Stabilität im Nahen Osten im Allgemeinen und die Sicherheit des Staates Israel im Besonderen ernsthaft gefährden.
- Obwohl der Grenzverlauf für Israels Verteidigung vor der Bedrohung durch Raketen keinerlei Bedeutung besitzt, da die Raketen diesen auf dem Luftweg überwinden, ist seine Entfernung vom strategischen zivilen und militärischen Landeszentrum dennoch von größter Wichtigkeit. Je weiter diese Nervenzentren von den Grenzen entfernt sind, desto geringer wird die Zahl der militärischen Mittel, die diese und andere empfindliche Ziele in ihrer Mitte treffen können. Mehr noch ist gerade im Zeitalter der Langstreckenraketen die Wahrung der Zweitschlagfähigkeit von dringender Bedeutung und diese Möglichkeit ist nur dann gegeben, wenn der Raum, über den diese Abwehrwaffen verteilt sind, breit und vielseitig ist. Dazu bedarf es eines ausgedehnten Territoriums, wobei die Redundanz einen wesentlichen Faktor des Aufbaus einer solchen Zweitschlagfähigkeit darstellt.
- Abgesehen vom prinzipiellen Aspekt hat auch die praktische Erfahrung erwiesen, dass sich

Israel hinsichtlich seiner Verteidigung nicht auf andere verlassen darf. So wurden zum Beispiel gerade am Vorabend des Sechs-Tage-Krieges jene UN-Truppen abgezogen, die man in der Region stationiert hatte, um die Grundinteressen des Staates Israel zu schützen. Ohnehin ist es während der gesamten Geschichte dieses Staates weder den UN-Truppen noch anderen internationalen Kräften jemals gelungen, das Eindringen von Terroristen in israelisches Territorium zu verhindern (im Südlibanon kollaborierten die UN-Kräfte bekanntlich sogar mit der Hizbollah). Darüber hinaus könnten freundschaftlich gesonnene amerikanische oder andere westliche Kräfte, die hier stationiert werden, um Israel zu verteidigen, selbst zum Ziel schwerer Terroranschläge militanter islamischer Gruppen werden (wie etwa der Anschlag auf amerikanische Marines 1983 in Beirut). Das könnte letztlich zu Abnutzungserscheinungen in den Beziehungen zwischen Israel und den Vereinigten Staaten oder anderen befreundeten Staaten führen, die diesem internationalen Friedenskorpis ihre Truppen beisteuern würden, falls ein solches überhaupt zustande kommen sollte.

- Israels legitimer Anspruch auf verteidigungsfähige Grenzen und die Anerkennung der Notwendigkeit solcher Grenzen für die Sicherheit und die Stabilität in der Region wurden bereits am 22. November 1967 in der UN-Sicherheitsratsresolution 242 verankert. Bis heute dient diese Resolution bei Israels Verhandlungen mit seinen arabischen Nachbarstaaten als einzige unbestrittene Grundlage. Schließlich hatte es sich bei den Grenzlinien vor 1967 um keine international anerkannten Grenzen gehandelt, sondern lediglich um Waffenstillstandslinien, die entstanden waren, als die Kampfhandlungen zwischen allen Beteiligten 1949 eingestellt wurden, und die nie als internationale, rechtmäßige Grenzen anerkannt wurden. Präsident Bush war der letzte einer langen Reihe von US-Präsidenten, die vorbehaltlos Israels Recht unterstützten, die Kontrolle über solche Gebiete beizubehalten, die zwar jenseits der Grenzen von 1967 liegen, jedoch für Israels Selbstverteidigungsfähigkeit unerlässlich sind. In einem

an den israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon gerichteten Schreiben vom 14. April 2004, das vom amerikanischen Kongress mitverabschiedet wurde, verwandelte Präsident Bush dieses Versprechen in eine Verpflichtung der Vereinigten Staaten. Israel muss dafür sorgen, dass die Beteuerungen seiner Staatsmänner hinsichtlich der Notwendigkeit, die Kontrolle über für seine Verteidigung lebenswichtige Gebiete beizubehalten, auch verwirklicht werden. Die UN hat diese Notwendigkeit anerkannt, die Vereinigten Staaten haben sich verpflichtet, sie zu unterstützen.

Karte 3: Allon Plan, 1970





Israel fordert sichere Grenzen

General (Res.) Yaakov Amidror

Die UN Sicherheitsratsresolution 242: Kein Rückzug auf die Waffenstillstandslinien von 1949

Der Kampf Israels, „sichere Grenzen“ zu erzielen, stellt einen einzigartigen Kampf in der internationalen Diplomatie dar. Dieser Kampf ist auf die juristischen und strategischen Besonderheiten zurückzuführen, die sich im Jahre 1967, nach dem Sechs-Tage-Krieg, für Israel ergeben haben, als die israelische Armee Judäa und Samaria und weitere Gebiete eroberte, nachdem Israel in einen Selbstverteidigungskrieg gezogen worden war. In den Waffenstillstandsabkommen von 1949, gegen die die Jordanier 1967 verstoßen haben, wird festgelegt, das die

Israel ist ein demokratischer Staat, der viele Kriege erlebt hat und sich in seiner kurzen Geschichte immer wieder vor Angriffen der Armeen seiner arabischen Nachbarstaaten zu verteidigen hatte, deren klar ausgesprochenes Ziel darin bestand, den Staat Israel zu vernichten. Während andere Nationen, wie etwa Frankreich oder Kuwait, kapituliert haben oder erobert wurden – haben sie dennoch überlebt und sich nach ihrer wiedergefundenen Unabhängigkeit, wieder aufgebaut. Im Gegensatz dazu kann Israel sich nicht auf eine solche, zweite Chance einlassen.

Waffenstillstandslinien eine militärische Trennungslinie darstellen, - eine Waffenstillstandslinie und keine permanente Grenze. Die Eroberung des Westjordanlandes durch das jordanische Königreich war das Ergebnis seines unrechtmäßigen Eindringens in den Staat Israel im Jahre 1948; genau genommen haben nur Großbritannien und Pakistan die jordanische Hoheit über diese Gebiete jemals anerkannt. Auf diesem Hintergrund hat der UN Sicherheitsrat die Resolution

242 im November 1967 verabschiedet, in der klar dargelegt wird, dass Israel ein Anrecht auf „sichere und anerkannte Grenzen“ geltend machen kann. Diese Grenzen werden – wie aus dem Wortlaut der Resolution hervorgeht – nicht mit den Waffenstillstandslinien von 1967 identisch sein. Die UN hat nicht festgelegt, dass der Status quo ante beibehalten werden muss. Ganz im Gegenteil – und genau dies ist aus einigen Erklärungen US amerikanischer Präsidenten, u.a. einer Erklärung von Präsident Bush vom 14. April 2004, zu entnehmen, der erklärte, Israel habe Anrecht auf „sichere, verteidigungsfähige“ Grenzen.

Der Begriff „verteidigungsfähige, sichere Grenzen“ basiert auf einer strategisch überzeugenden Logik. Israel befindet sich in einer abnormalen Situation: ein demokratischer Staat, der viele Kriege erlebt hat, der sich in seiner kurzen Geschichte

begehen oder Gefahren auf sich zu nehmen, wenn es darum geht, den einzigen jüdischen Staat der Welt zu verteidigen. Andere Nationen, wie etwa Frankreich oder Kuwait haben kapituliert oder wurden erobert – die eine Nation von Deutschland, die andere vom Irak, dennoch haben sie überlebt und sich nach ihrer wiedergefundenen Unabhängigkeit, wieder aufgebaut. Im Gegensatz dazu kann Israel sich nicht auf eine solche, zweite Chance einlassen. Eine Fehlkalkulation von Seiten Israels kann zu unwiderruflichen und fatalen Auswirkungen führen. Daher befindet sich der Staat Israel in einer einzigartigen, unvergleichbaren Situation.

Was rechtfertigt die Besorgnis, mit der Israel mögliche Verteidigungsoptionen verfolgt? Der Grund für Israels Besorgnis liegt seit der Staatsgründung in der großen zahlenmäßigen Vormachtstellung, die die potentiellen Koalitionen arabischer

E*in Angriff auf die schmalste Stelle des Landes, die nur 15 km breit ist, der von den Waffenstillstandslinien von 1949 ausginge, wäre auf ganz einfache Art und Weise in der Lage, das Land in zwei zu schneiden.*

immer wieder vor Angriffen der Armeen seiner Nachbarstaaten zu verteidigen hatte, deren klar ausgesprochenes Ziel darin bestand, den Staat Israel zu vernichten. Die israelische Verteidigungsarmee, Zahal, kann es sich nicht erlauben, auch nur den geringsten Fehler zu

Staaten genießen. Darüber hinaus sind die arabischen Armeen hauptsächlich auf stehenden Divisionen aufgebaut, die ohne jegliche Vorwarnung kriegsbereit (und einsetzbar) sind, wobei Zahal hauptsächlich aus Reserveeinheiten zusammengesetzt ist.

Dies bedeutet, dass Israel im Falle eines Überraschungsangriffs, von einer relativ kleinen Armee verteidigt werden muss, bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Reserveeinheiten einberufen werden.

Unter Berücksichtigung der geographischen Gegebenheiten und der schmalen Ausmaße des Landes, wäre ein Angriff, der von den Waffenstillstandslinien von 1949 ausginge, auf die schmalste Stelle des Landes, die nur 15 km breit ist, auf ganz einfache Art und Weise in der Lage, das Land in zwei zu schneiden und das der Grenze zu nahegelegene strategische Hinterland zu bedrohen.

Über die Gefahr eines konventionellen Angriffs auf Israel hinaus, bildet auch der Terrorismus eine Bedrohung für das zivile Hinterland, das sich innerhalb der Reichweite der Katjuscha-Raketen in den Grenzen von 1949 befindet. Von strategischer,

Falls es zu neuen Angriffen kommen sollte, muss Israel die klare Möglichkeit besitzen, sich selbst aus eigenen Kräften verteidigen zu können und dies auf der Grundlage einer klaren Grenzziehung, die solche Aspekte berücksichtigt.

Wann wird eine Grenze als sicher und verteidigungsfähig angesehen?

Woran ist zu erkennen, ob eine Grenze verteidigungsfähig ist? Um diese Frage beantworten zu können, muss zuerst ein anderer Aspekt geklärt werden: Sollte Israel von einer konventionellen Armee angegriffen werden oder durch eine beliebige Verbindung von Bodenstreitkräften, ballistischen Raketen und Terrorgruppen, bieten in einem solchen Fall die Grenzen und das dahinterliegende Hinterland

Sollte Israel von einer konventionellen Armee oder einer willkürlichen Gruppierung von Bodenstreitkräften, ballistischen Raketen und Terrorgruppen angegriffen werden, könnten die Grenzen und die dahinterliegenden Gebiete ausreichen, um es der Armee zu erlauben, ihren Verteidigungsauftrag auf erfolgsversprechende Art und Weise durchzuführen.

militärischer Sicht aus, heißt das Anrecht auf sichere Grenzen, dass Israel Sicherheitszonen jenseits der Linien von 1967 innehaben muss, um sich den künftigen Bedrohungen widersetzen zu können, auch wenn es mit den Nachbarstaaten zu Verträgen kommen sollte.

der israelischen Armee die Möglichkeit, seine Verteidigungsaufgabe mit größtmöglichen Erfolgchancen durchzuführen?

Die Antwort auf diese Frage muss auf rein militärischen Überlegungen basieren.

Sicher sind bei der Entscheidungs-

fällung bezüglich der zukünftigen Grenzen des Staates Israel auch andere Faktoren zu berücksichtigen, wie etwa die demographische Entwicklung, die Wirtschaft und die Wasserreserven. Diese nationalen Interessen gehören allerdings nicht zum Problemkreis der verteidigungsfähigen Grenzen. Ganz im Gegenteil, es ist nicht empfehlenswert anderen, wenn auch wichtigen Entscheidungsträgern, die Möglichkeit zu geben, diese entscheidende Frage zu „verwässern“: nämlich ob Israel sich von diesen zukünftigen Grenzen aus verteidigen und überleben kann, falls ein Krieg ausbrechen sollte.

Diese Frage kann gar nicht überschätzt werden, auch wenn sich letzten Endes erweisen sollte, dass die in einem Vertrag festgelegte Grenze nicht unbedingt die Grenze darstellt, die notwendig ist, um Israel verteidigen zu können – und sei es auch nur um genau dargestellt zu haben, welche Gefahren Israel bei einem Vertrag auf sich nimmt und um sich auf Situationen vorzubereiten, in denen diese Gefahren eventuell Wirklichkeit werden.

Ständige Notwendigkeit, sich

gegen äußere Bedrohungen zu verteidigen

Die Diskussion um verteidigungsfähige Grenzen ist nur dann von Bedeutung, wenn man davon ausgeht, dass Israel sich in Zukunft gegen einen äußeren Feind zu verteidigen haben wird. Wenn verbindlich versprochen werden kann, dass Israel sich in Zukunft nicht gegen irgendeinen äußeren Feind zu verteidigen haben wird, verliert auch die Forderung nach verteidigungsfähigen Grenzen und die Frage, ob Israel einem Angriff standhalten kann, ihre Bedeutung. Unter solchen Bedingungen wäre es möglich, die Armee aufzulösen und Grenzen nach anderen, nicht militärischen Überlegungen festzulegen, wie etwa demographischen und historischen Ansprüchen. Angesichts der heutzutage in Europa herrschenden Realität, ist Belgien z.B. nicht auf verteidigungsfähige Grenzen angewiesen, obwohl es noch vor 70 Jahren auf solche angewiesen war.

Daraus geht ganz klar hervor, dass die Grundprämisse in dieser Überlegung folgende ist: in absehbarer Zeit wird sich Israel nicht in einer Situation befinden, die mit den herrschenden Gegebenheiten in Nordamerika oder Europa zu vergleichen wäre. Die Grundprämisse in diesem Artikel lautet, dass Israel in Zukunft sehr wohl einer äußeren Bedrohung ausgesetzt sein kann.

Grundsätzlich sind 3 Arten der Bedrohung zu berücksichtigen:

1. Bedrohung eines konventionellen, klassischen Krieges mit Panzereinheiten, mobiler Artillerie und Angriffsfliegern, die in

Zukunft alle mit ferngesteuerter und immer genauerer Munition ausgerüstet werden.

2. Bedrohung durch Lang- und Kurzstreckenraketen, durch konventionelle und unkonventionelle Raketen.
3. Terrordrohungen – durch Eindringen von Selbstmordattentätern in das Staatsgebiet oder durch Mörserraketen, Raketen und Boden-Boden Steilfeuerangriffsraketen.

Es ist unbestritten, dass Israel Bedrohungen durch Raketen und Terrorangriffe ausgesetzt ist. Es muss jedoch gefragt werden, ob die konventionelle, klassische Bedrohung noch immer über Israel schwebt. Ist es möglich, dass die Kriege zwischen den Arabern und Israel in den Jahren 1948, 1956, 1967 und 1973 sich irgendwie wiederholen können? Es kann behauptet werden, dass die

Irak aus der Welt geschaffen sei. Seit dem Zusammenbruch der UdSSR erlebt Syrien große Schwierigkeiten, sein Waffenarsenal aufzubauen. Eine mögliche arabische Koalition ist also schwer vorstellbar. All diese Angaben sind zwar richtig, es handelt sich hierbei allerdings lediglich um eine oberflächliche, statistische Betrachtung der strategischen Situation Israels.

Langfristige, strategische Drohungen

Im Gegensatz zur tagtäglichen Staatsführung, die auf der Auslegung der gegenwärtigen Situation basiert, ist die Entscheidung über verteidigungsfähige Grenzen auf eine Gesamteinschätzung der Lage zu stützen, die auch langfristige, strategische Gefahren in Rechnung zieht. In

Besteht nicht die Gefahr, dass der Irak sich in einen schiitisch-extremistischen, vom Iran unterstützten, israelfeindlichen Staat entwickelt? Dass im Westjordanland ein sich auf Jordanien erstreckender palästinensischer Staat entsteht, im Gegensatz zu israelischen Interessen? Dass in Zukunft militante islamistische Gruppen in Ägypten an die Macht kommen?

Gegebenheiten sich grundsätzlich verändert haben: Israel hat mit Ägypten und Jordanien Friedensverträge abgeschlossen, die sich im Laufe der Zeit und der Ereignisse als standfest bewiesen haben; es sieht so aus, als ob nach 2003 auch die Bedrohung aus dem

diesem Zusammenhang müssen z.B. folgende Fragen berücksichtigt werden:

1. Kann versprochen werden, dass der Irak nicht zu einem extremistischen Schiitenstaat wird, der vom Iran getragen wird und

Israel feindlich gegenüber steht (trotz der Unterschiede zwischen den Schiiten im Irak und im Iran)? Aus Jordanien, das sehr empfindlich auf jede Entwicklung in seinen Nachbarstaaten reagiert, verlauten in diesem Zusammenhang besorgte Stimmen, die vor einer feindlichen schiitischen Achse warnen, die eventuell den Iran, den Irak und Syrien umspannen könnte.

2. Kann man sich nicht vorstellen, dass in Judäa und Samarien ein palästinensischer Staat entsteht, der sich letzten Endes auf Jordanien ausdehnt, im Gegensatz zu den israelischen Interessen? An dieser Stelle muss daran erinnert werden, dass in Jordanien schon heute die Palästinenser die größte Bevölkerungsgruppe stellen. Wird Israel sich verteidigen können, wenn es von einem arabischen Staat, der sich vom Irak bis an den Stadtrand von Kfar Saba und Jerusalem erstreckt, angegriffen wird?
3. Ist es nicht möglich, dass in Zukunft militante islamistische Gruppen die Herrschaft in Ägypten an sich reißen? Die starke ägyptische Armee unterläge dann einer weniger verantwortungsbewussten, einer extremistischeren Führung als es die jetzige Regierung Ägyptens darstellt.

Meiner Meinung nach darf man keines der obengenannten Szenarien außer Acht lassen. Jede einzelne, und in noch größerem Maße eine Verbindung von zwei dieser Möglichkeiten, verlangt eine genaue Überlegung, wie Israel sich gegen eine klassische militärische Bedrohung verteidigen kann

– dabei handelt es sich bei diesen Fällen nicht um die dunkelsten möglichen Voraussagen für die Zukunft. Man darf nicht vergessen, dass in den 90er Jahren die Armeen des Nahen Ostens neue konventionelle Waffen erstanden haben und ihre Gelder nicht nur für Raketen oder ein nicht konventionelles Waffenarsenal ausgaben. Darüber hinaus besteht die Sowjetunion als großer Waffenlieferant nicht mehr. Man kann allerdings davon ausgehen, dass die Militärindustrie Russlands und Europas auch weiterhin ihre neuesten Waffensysteme an den ölreichen Nahen Osten verkaufen wird; parallel dazu werden auch die USA dabei helfen, die Armeen der arabischen Staaten zu modernisieren.

Nur wer mit absoluter Sicherheit versprechen kann, dass keines der obengenannten Szenarien sich verwirklicht, braucht folgende Frage nicht zu beantworten: Wie wird Israel sich vor einer konventionellen Armee an seinen Grenzen verteidigen können?

Angesichts der grundlegenden Veränderungen, die dem gesamten Nahen Osten bevorstehen, sobald der Iran den Status einer Atommacht erreicht, – eine Entwicklung, die sich schon klar abzeichnet – werden all diese Theorien sehr viel wirklichkeitsnäher sein. Man darf nicht erwarten, dass eine solche Situation die traditionellen, konventionellen Bedrohungen aus der Welt schafft. Ein mit atomaren Sprengköpfen ausgerüsteter Iran verstärkt sie lediglich. Im Europa des „Kalten Krieges“ fühlten sich die Staaten des Natopaktes und des Warschauer Paktes gezwungen, ihre konventionell ausgerüsteten Armeen zu modernisieren, da sie sich unter dem gegenseitigen Abschreckungsmantel

befanden und genau verstanden, dass unter solchen Umständen nur ein konventioneller Krieg in Frage kommt. Die Panzereinheiten beider Seiten waren und sind auch heute noch die Hauptdivisionen, die den Ausgang des Krieges bestimmen sollten. Die Raketen bildeten lediglich eine zusätzliche Möglichkeit im Waffenarsenal, zu dem auch die Langstreckenartillerie gehört. Sie sollten aber für diese Paktstaaten keineswegs die Bodenstreitkräfte ersetzen. Auch im Nahen Osten der Zukunft, in dem die nicht-konventionellen Abschreckungsfähigkeiten sich gegenseitig ausgleichen, ist zu erwarten, dass das konventionelle Gleichgewicht vor Ort wieder zur Hauptachse wird, die das allgemeine Gleichgewicht vorgibt.

In letzter Zeit zeichnet sich in einer Sachverständigengruppe, die die territorialen Bedürfnisse Israels betrachtet, die Tendenz ab, die Bedrohungen, denen der Staat Israel

die Möglichkeit geben, fortschrittliche technologische Mittel einzusetzen, u. a. genau gelenkte Raketen um dadurch jede territoriale Schwäche ausgleichen zu können.

Wer diese Erklärungen übernimmt, lässt die Tatsache außer Acht, dass auch die Feinde Israels technologisch fortschrittliche Waffen erstehen können. In diesem Fall verlore Israel zumindest einen Teil seines Vorteils.

Die Topographie spielt eine große Rolle in den Kriegen, in denen gesteuerte Waffen den ausschlaggebenden Teil darstellen, besonders Waffengattungen, die mit Bodenlasermarkern ausgerüstet sind. Wenn in einem solchen Fall der Feind die Höhen des Westjordanlandes in seinem Besitz hat, kann dies den Ausschlag geben. Kurz gesagt, es ist falsch zu glauben, dass die moderne militärische Technologie die Bedeutung eines geographischen Vorsprungs aus der Welt schafft, ob es sich dabei um

Im Europa des „Kalten Krieges“ verstanden die militärischen Planer, dass nicht der Grenzverlauf den Ausschlag geben wird, sondern die Verteidigungstiefe. Daher erfasste der „Verteidigungsraum“ aus militärischer Sicht ganz Deutschland, bis zum Rhein (über 200 km).

durch die klassischen konventionellen Armeen ausgesetzt ist, in Richtung auf die „moderne Technologie“ abzuwenden. Dieser Betrachtungsweise nach werden wir, auch wenn wir in Zukunft einer konventionellen Bedrohung ausgesetzt sein sollten, Zahal

strategische Tiefe handelt oder eine besondere Topographie. Ganz im Gegenteil.

Der Bedarf nach strategischer Tiefe

Der Ausdruck „verteidigungsfähige Grenzen“ kann sich nicht nur auf den tatsächlichen Grenzverlauf beziehen, sondern muss auch das Gebiet mit einbeziehen, das sich zwischen dem Grenzstreifen und der strategischen Breite des Landes befindet. Als die westlichen Staaten die Frage des Verlaufs der Verteidigungslinie in Europa zur Zeit des Kalten Krieges besprachen, verstanden ihre militärischen Planer, dass nicht der Grenzverlauf den Ausschlag geben wird, sondern die Verteidigungstiefe. Daher erfasste der „Verteidigungsraum“ aus militärischer Sicht ganz Deutschland. Dieses Gebiet sollte einen Rückzug und einen Verteidigungskampf erlauben, damit die Eindämmungslinie am Rhein gebildet werden könnte.

Nachdem die Verteidigungslinien im

darstellen darf. Um die Bedürfnisse Israels berücksichtigen zu können und als Grundlage für die amerikanische Verpflichtung, verteidigungsfähige Grenzen für Israel zu garantieren, muss geklärt werden, welche Gebiete notwendig sind, damit von dort aus, innerhalb dieser Gebiete, die Armee ihre Aktionen unternimmt und im Kriegsfall ihre Aktionen starten kann. Die Grenzen von 1967 haben mit dieser notwendigen Beweglichkeit nichts gemeinsam. Aus rein technischer Sicht betrachtet, verliert Israel in den Grenzen von 1967 seine Fähigkeit sich selbst zu verteidigen.

Nach den Verteidigungsprinzipien, die verschiedene Armeen der Welt für sich festgelegt haben, stehen 3 Hauptaspekte im Zentrum jedes Verteidigungsplanes.

1. Kampfbereich – (battlespace), mit genügender Tiefe, damit in diesem Bereich stufenweise

Aus rein technischer Sicht verliert Israel in den Grenzen von 1967 jede Fähigkeit, sich selbst zu verteidigen. Notwendig ist eine Tiefe, die es erlaubt, Reservekräfte aufzustellen und die notwendige Zeit zu gewinnen, um sie einzusetzen, bevor die feindlichen Kräfte das strategische Hinterland bedrohen können.

Yom Kippur Krieg sowohl auf den Golanhöhen als auch am Suezkanal durchbrochen worden waren, sahen die israelischen Fachleute sehr schnell ein, dass die Eindämmungslinie oder die Stopplinie, wie sie von Zahal genannt wurde, nie die eigentliche Grenze

Truppen eingesetzt werden können, die eine ausreichende Bewegungsfreiheit genießen können.

2. Reservestreitkräfte in ausreichendem Ausmaß, um einen Gegenangriff zu lancieren

und den „status quo ante“, vor dem feindlichen Angriff, wiederherzustellen.

3. Ausreichende Entfernung vom strategischen Hinterland, die entsprechend der Einschätzung festgelegt wird, dass seine Eroberung oder ihm zugefügter schwerer Schaden die Standfestigkeit der Armee stark in Mitleidenschaft ziehen würde.

All diese Prinzipien basieren auf einer grundsätzlichen Annahme in Bezug auf die Kriegsführung: da kein Verteidigungsrahmen unverändert aus einem Angriff hervorgehen kann und keinerlei Garantie dafür besteht, dass die Verteidigungslinien nicht durchbrochen werden, bedarf es einer gewissen Tiefe. Ihre Aufgabe ist es, den Reserveeinheiten die Möglichkeit zu geben, sich aufzustellen und die notwendige Zeit zu gewinnen, um sie einzusetzen, bevor die feindlichen Kräfte das

„verteidigungsfähige“ oder „sichere Grenzen“ handelt.

Die Grenzen von 1967 weisen vielleicht aus nicht-militärischer Sicht gewisse Vorteile auf. Aus diesem Grund könnten manche Kreise vielleicht für diese Grenzen als Ausgangspunkt für die permanenten Grenzen des Staates Israel eintreten.

Aus rein militärisch-professioneller Sicht allerdings wäre das Vertrauen in die Grenzen von 1967 zur Verteidigung des Staates Israel im Kriegsfall mit einem sehr großen Risiko für das Bestehen des Staates verbunden, da eine entlang dieser Grenze aufgebaute Armee, im Fall eines künftigen Krieges, die Verteidigung des Staates Israel nicht garantieren kann.

Wären ein Vorbeugungskrieg

Aus Erfahrung lässt sich Folgendes feststellen: sollte Israel von einem oder mehreren Staaten bedroht werden, mit denen es einen formalen Friedensvertrag besitzt, sind die Chancen, dass eine israelische Regierung diese bestehenden Vereinbarungen bricht und einen Präventivschlag durchführt, praktisch gleich Null.

strategische Hinterland bedrohen können.

Da die Grenzen von 1967 es nicht erlauben, auch nur einen Aspekt eines angemessenen Verteidigungsplanes zu verwirklichen, herrscht kein Zweifel daran, dass es sich dabei nicht um

oder ein Präventivschlag tatsächlich eine Alternative zur strategischen Tiefe?

Die alternative Strategie zur strategischen Tiefe, deren Hauptziel es ist zu verhindern, dass Israel sich von den verletzlichen Grenzlinien des Jahres 1967 aus verteidigen muss, wäre es, den „Krieg ins Territorium des Feindes zu verlegen“. Diesem Ansatz nach würde Israel mit einem Präventivschlag eröffnen, den Krieg auf dem Territorium des Feindes führen und sich dadurch jene strategische Tiefe schaffen, die es zu seiner Verteidigung benötigt.

Folgt man diesem Ansatz, so hängt das Erlangen der Verteidigungsfähigkeit von einer schweren politischen Entscheidung ab: einen Krieg zu eröffnen und Gebiete jenseits der Staatsgrenzen zu besetzen, bevor der Gegner tatsächlich eine feindselige Handlung ausführt. Die Weltgeschichte sowie die Geschichte des Staates Israel haben gezeigt, dass es keine Garantie dafür gibt, dass eine zukünftige Regierung eine derartige Entscheidung trifft. In diesem Zusammenhang muss man sich auch in Erinnerung rufen, wie schwer es der damaligen Ministerpräsidentin Golda Meir 1973 fiel, allein die Entscheidung für einen begrenzten Luftangriff zu fällen und das sogar nachdem die Ägypter und die Syrer ihre Armeen nördlich und südlich von Israel bereits in Angriffsposition gebracht hatten. Wer kann also garantieren, dass eine zukünftige israelische Regierung rechtzeitig beschließen wird, einem feindlichen Angriff zuvorzukommen, vor allem dann, wenn es bereits Staatsverträge gibt? Das ist der

Grund dafür, dass Israel beim Abschluss des Friedensvertrages mit Ägypten darauf bestand, entmilitarisierte Zonen einzurichten und in der Sinaiwüste nur begrenzte Truppenstationierungen zuließ. So behält es sich für den Fall eines zukünftigen Stimmungsumschwungs der Ägypter zumindest ein Sicherheitsnetz vor. 200 km Wüste ohne nennenswerte militärische Präsenz verleihen Israel im Nachbarstaat eine gewisse Tiefe sowie den Zeitvorsprung, den es braucht, um die Lage einzuschätzen und eine Entscheidung über seine Reaktion zu treffen. Dabei ist klar, dass es keine Möglichkeiten gibt, im Westjordanland – also an Israels Ostgrenze, die den lebenswichtigen Ressourcen seines strategischen Hinterlands so nahe ist – eine ähnliche Pufferzone einzurichten. Dort ist Israel gezwungen, seine Militärkräfte a priori zu stationieren und das vorhandene höher gelegene Gelände sowie weitere topographische Vorteile zu nützen, um für den Fall einer von Osten auftretenden Bedrohung die erforderlichen Abwehrmöglichkeiten zu besitzen. Sollte der Feind im Westjordanland selbst stehen, haben der Staat Israel und seine militärischen Kräfte keinerlei Möglichkeit, diesen abzuwehren. Die Gefahr eines solchen Angriffs aus dem Osten ist unverhältnismäßig größer als eine Bedrohung aus dem Süden, der weit von Israels Ballungszentren entfernt ist.

Nach einem Gutachten von

US-Militärexperten muss Israel den Gebirgskamm des Westjordanlands beherrschen

Es ist daher nicht weiter verwunderlich, dass führende Experten der Vereinigten US-Generalstäbe 1967 zu einer ähnlichen Schlussfolgerung kamen, als sie gebeten wurden, ein Gutachten darüber zu erstellen, welches über die Grenzen von 1967 hinausgehende Mindestterritorium Israel bräuchte, um sich effektiv gegen diverse Kollektivangriffe konventioneller Art sowie gegen terroristische Bedrohungen verteidigen zu können. In ihrem vom Generalstabschef der US-Armee Earle Wheeler unterzeichneten, dem damaligen Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten Robert McNamara am 29. Juni 1967 eingereichten Memorandum hieß es: „Vom rein militärischen Standpunkt aus muss Israel die Kontrolle über einen Teil

Kontrolle über dominante Gebiete, der Nutzung natürlicher Hindernisse, der Beseitigung vom Feind kontrollierter Enklaven sowie dem Erhalt der Möglichkeit zur Tiefenverteidigung wichtiger Einrichtungen und Institutionen“.

Die wichtigste Schlussfolgerung der Chefs der Vereinigten US-Generalstäbe hinsichtlich des Westjordanlands war, dass Israel „jenes höher gelegene, augenfällige Territorium kontrollieren muss, das sich von Norden nach Süden erstreckt“. Die von ihnen empfohlene Grenzlinie markierten sie „östlich der Hauptverbindungsstraße zwischen Jenin und Nablus sowie zwischen El-Bire und Jerusalem, von Nord nach Süd verlaufend“. Weiter erklärten sie: „Die Verteidigungslinie, die wir sehen, verläuft unmittelbar östlich von Jerusalem“. Von dort sollte sich diese in Richtung Südosten fortsetzen „zum Dargot-Fluss am Toten Meer“. Auch zu den Golanhöhen nahmen die Generäle Stellung: sie

Vom militärisch-professionellen Standpunkt aus gesehen, darf die strategische Tiefe, die zur Verteidigung Israels gegen eine Bedrohung aus dem Osten erforderlich ist, nicht von einem Präventivschlag abhängig gemacht werden. Für die Verteidigung seiner Ostgrenze kann Israel sich daher nicht auf die „grüne Linie“ von 1967 verlassen.

der eroberten arabischen Gebiete beibehalten, um militärisch verteidigungsfähige Grenzen zu besitzen“. Nach Aussage der Generäle basierte ihre Entscheidung über die von Israel beizubehaltenden Territorien auf „allgemein anerkannten taktischen Prinzipien wie der

empfohlen, dass Israel die Kontrolle über jene Linie beibehalten solle, die östlich der Grenze von 1967 verlief, damit es: „jenes Gebiet beherrscht, das Syrien bislang so erfolgreich für Grenzscharmützel ausgenützt hat“.

Heute, nahezu 40 Jahre nachdem die

Chefs der Vereinigten US-Generalstäbe der Johnson-Regierung ihr besagtes Memorandum vorlegten, stellt sich die Frage, inwiefern ihre sachkundigen Schlussfolgerungen auch für unsere Tage Gültigkeit besitzen. Dass sich weder die Geographie noch die Topographie verändert haben, wird niemand bestreiten. Tatsächlich haben sich die Dimensionen der bewaffneten Kräfte in Israels arabischen Nachbarstaaten sowohl qualitativ als auch strukturell bedeutend weiterentwickelt, wodurch die Analyse der amerikanischen Generäle heute noch mehr zutrifft als damals.

1. 1967 bestand der Großteil der Armeen im Nahen Osten aus verhältnismäßig langsamen Infanterietruppen. Heute bestehen diese Streitkräfte aus höchst beweglichen gepanzerten und mechanisierten Regimentern, die imstande

amerikanischen Militärexperten von 1967 hinsichtlich der Unentbehrlichkeit von „verteidigungsfähigen“ Grenzen für Israel.

2. Durch die Entwicklung neuer militärischer Technologien hat sich auch die Reichweite des Eröffnungsfeuers vergrößert. Das gilt sowohl für Verteidigungswaffen wie Panzerabwehrraketen als auch für Angriffswaffen, darunter Luft-Boden-Raketen und Mörsergranaten. Diese Veränderungen bestärken die Argumentation der Amerikaner hinsichtlich der territorialen Abwehrbedürfnisse Israels nur noch mehr. Das ist auch der Grund dafür, dass die von den US-Militärs für ihre eigenen Divisionen definierte, strategisch erforderliche minimale Verteidigungstiefe in den letzten Jahren fast verdoppelt wurde.

3. Zielgenau gesteuerte Waffensysteme werden

1974, *sieben Jahre nach dem Memorandum der Chefs der Vereinigten US-Generalstäbe, kam das 'Command and General Staff College' der US-Armee zu einem ähnlichen Schluss: um sich verteidigen zu können, muss Israel das Gebiet östlich jener Hauptachse beherrschen, die über die Gebirgskette des Westjordanlandes verläuft.*

sind, auch langfristig und kontinuierlich zu kämpfen und ausgedehnte Gebiete schneller unter ihre Kontrolle zu bringen, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Diese Veränderungen bestärken die Schlussfolgerungen der

auf dem Schlachtfeld der Zukunft für beide Parteien die entscheidende Rolle spielen. Das gilt umso mehr, als diese zunehmend differenzierter werden und Hindernisse, wie ungünstige Wetterverhältnisse und Dunkelheit, überwinden können. Solange

sich diese Systeme nur in israelischer Hand befinden, genießt es einen deutlichen militärtechnologischen Vorsprung, der es seinen Verteidigungskräften ermöglicht, mit nachteiligen Bedingungen, wie ungünstigen Geländeverhältnissen oder dem Fehlen der erforderlichen Tiefe, fertig zu werden. Indem jedoch auch Israels Feinde solche zielgenauen Waffensysteme in ihren Besitz bekommen oder ihre Abwehrsysteme gegen solche verbessern können, werden die „verteidigungsfähigen“ Grenzen zu einem absoluten MUSS, für das es keine Alternative gibt. Es besteht kein Zweifel daran, dass auch die arabischen Armeen in naher Zukunft über solche hochtechnologischen Systeme verfügen werden.

Folgendes ist daher klar: sollte Israel die von den amerikanischen Strategen empfohlene Grenzlinie nicht unter seiner

Streitkräfte, wären dann der Armee des Feindes preisgegeben, welche die Vorteile der dominanten Gebiete des Westjordanlands genießt. Israels Möglichkeiten, Verteidigungsvorrichtungen aufzustellen, wären stark begrenzt, unter anderem deshalb, weil sich seine Verteidigungskräfte unter solchen Umständen in eine verlockende Ansammlung von Zielscheiben für die treffgenauen Waffen des Feindes verwandeln würden.

Angesichts all dieser Überlegungen ist klar, warum die amerikanischen Militärexperten – übrigens ebenso wie der verstorbene Ministerpräsident Itzhak Rabin – davon überzeugt sind, dass Israel, selbst wenn es territoriale Zugeständnisse machen sollte, dennoch die Kontrolle über das „dominante Territorium“ des Westjordanlands beibehalten muss. Rabin pflegte stets an Israels Bedürfnis nach „Sicherheitsgrenzen“ zu erinnern. Aber ganz egal, mit welchem Begriff man diese

Die neuen Militärtechnologien vergrößern die Reichweite des Eröffnungsfeuers. Das gilt für Panzerabwehrraketen wie für Luft-Boden-Raketen und Mörsergranaten. Diese Veränderungen bestärken die Forderungen hinsichtlich der territorialen Abwehrbedürfnisse Israels nur noch mehr - die von den US-Militärs für ihre eigenen Divisionen erforderliche minimale Verteidigungstiefe wurde fast verdoppelt.

Kontrolle haben, wird seine Armee im Fall eines Krieges einen sehr teuren Preis bezahlen müssen. Israel wird sich nicht verteidigen können. Seine gesamte Bevölkerung sowie seine sämtlichen militärisch-strategischen Infrastrukturen, einschließlich seiner

umschreibt, kommen alle, die im Lauf ihrer Laufbahn führende Kommandopositionen bekleidet haben, zu dem gleichen Schluss: dass es im Fall eines Krieges keinerlei Möglichkeit gibt, Israel von den Grenzen des Jahres 1967 aus zu verteidigen, und ganz

gewiss nicht gegenüber einer modernen, mit zielgenauen Waffen ausgerüsteten Armee. Kein verantwortungsbewusster Spitzenpolitiker kann versprechen, dass Israel nicht eines Tages mit einer solchen Bedrohung konfrontiert wird.

In jüngster Zeit werden in Reihen israelischer und amerikanischer Fachleute zunehmend mehr Stimmen laut, die dafür plädieren, in den für das Überleben des Staates Israel wichtigen Gebieten anstelle der israelischen Armee Militärkräfte eines Drittstaates zu stationieren. Dieser Vorschlag birgt zwei Schwachstellen, die seine Verwirklichung von Israels Standpunkt aus unmöglich machen:

- A. Die historische Erfahrung (vom Vorabend des Sechs-Tages-Krieges sowie aus der langen Zeit, in der UN-Truppen im Südlibanon stationiert waren) hat bewiesen, dass solche Kräfte im Ernstfall entweder scheitern oder verschwinden.
- B. Sollten tatsächlich UN-Kräfte an den Grenzen zwischen Israel und den arabischen Staaten stationiert werden, wäre nicht nur das Leben der Soldaten in Gefahr, es besteht vielmehr auch die Möglichkeit, dass diese die israelischen Verteidigungskräfte behindern. In beiden Fällen wäre Israel hin- und her gerissen zwischen seinen eigenen Sicherheitsbedürfnissen und dem Wunsch, seine guten Beziehungen zu den Herkunftsländern dieser in der Region stationierten Truppen aufrechtzuerhalten.

Abschreckungskraft steigert die Wahrscheinlichkeit eines Krieges

Letztlich muss man bei der Erörterung eines klassischen konventionellen Krieges eine weitere Folgeerscheinung eines israelischen Rückzugs auf die Grenzlinien von 1967 in Betracht ziehen: dass nämlich die Wahrscheinlichkeit eines Krieges nach einem solchen Rückzug nur anstiege, da Israels Abschreckungskraft dadurch geschwächt würde. Israel wäre in diesem Fall ein äußerst verführerisches Ziel – als schmaler Staat ohne jede strategische Tiefe, ein Staat, dessen Bevölkerungszentren und strategischen Infrastrukturen sich nun innerhalb der taktischen Reichweite militärischer Kräfte befänden, die entlang der dominanten Gebiete des Westjordanlands stationiert sind. Israel in den Grenzen von 1967 gälte als leichte Beute. Wer davon ausgeht, dass ein Krieg unmöglich wäre, muss diese Überlegung nicht berücksichtigen; wer einen solchen jedoch durchaus für möglich hält – selbst, wenn er im Augenblick unwahrscheinlich erscheinen mag – muss verstehen, dass Israel durch einen Rückzug auf die Grenzen von 1967 die Realisierungschancen eines derartigen Szenarios vergrößern würde. Ein Israel innerhalb der Grenzen von 1967 würde zu einer nachhaltigen Destabilisierung des Nahen Ostens führen.

Gerade im Raketenzeitalter

Eine Schwächung der

nimmt die Bedeutung des Territoriums zu

So mancher argumentiert, dass die Frage verteidigungsfähiger Grenzen mit dem Erscheinen ballistischer Waffen irrelevant geworden sei. Es scheint, als schaffe das Raketenzeitalter eine völlig neue strategische Situation, weil solche Raketen in ihrer Flugbahn nicht an Staatsgrenzen aufgehalten werden können. Die professionelle Wahrheit jedoch ist, dass die Streuung der infrastrukturellen Einrichtungen, der Waffensysteme sowie der Kontroll- und Kommandoorgane gerade angesichts einer Bedrohung dieser Art von lebenswichtiger Bedeutung ist. Eine großflächige Ausbreitung und Streuung würde die Chancen dieser Einrichtungen, einen Raketenangriff zu überstehen, entschieden vergrößern. Aktive Raketenabwehrwaffen wie die Chetz-Rakete

das: im Fall einer Bedrohung durch nukleare Raketen wird die Abschreckungskraft eines Staates nach der Überlebensfähigkeit seiner Zweitschlagkapazität bemessen, und nicht nur auf Basis seiner faktischen Stärke. Nur ein ausgedehntes Gelände, das die Möglichkeit bietet, diese Zweitschlagsysteme zu verstreuen und zu tarnen, bietet jenes Maß an Kapazitätsüberhang, das Israel braucht, um einen Raketenangriff zu überstehen – nach diesem Kriterium wird jeder Feind und jeder Gegner Israels Abschreckungskraft bewerten.

Daraus folgt: je größer das Territorium, das einem Staat zur Streuung und Tarnung seiner Mittel zur Verfügung steht, desto größer wird auch die Chance, einen Krieg zu vermeiden. Und analog dazu: je früher der Feind erkennt, dass eine reelle Chance besteht, Israels Reaktionsfähigkeit durch einen Erstschlag auszuschalten, desto

Die professionelle Wahrheit jedoch ist, dass die Streuung der infrastrukturellen Einrichtungen, der Waffensysteme sowie der Kontroll- und Kommandoorgane gerade angesichts einer Bedrohung dieser Art von lebenswichtiger Bedeutung ist.

sind zwar notwendig und können den Schlag eines ballistischen Angriffs dämpfen, man kann sich jedoch nicht darauf verlassen, dass diese absolut hermetischen Schutz bieten, vor allem nicht dann, wenn es sich um eine länger dauernde Großoffensive handelt. Mehr als

größer wird auch die Wahrscheinlichkeit, dass er eine solche Offensive startet. Dieses Phänomen hat hier fast dieselbe Gültigkeit wie auf der Ebene einer klassischen konventionellen Kriegsführung: je höher die Gegenseite ihre eigenen Chancen einschätzt,

desto wahrscheinlicher ist, dass sie das Risiko eingeht und angreift. Daher gilt: selbst wenn die Grenzlinie als solche im Raketenzeitalter nicht länger von Bedeutung ist, bestimmen die Dimensionen des hinter diesen Grenzl原因 liegenden Territoriums die Fähigkeit eines Staates, seine Kräfte und Infrastrukturen so zu verteilen, dass er deren Verletzlichkeit einschränkt und verhindert, dass diese Schaden erleiden. Aus diesem Grund verhält es sich tatsächlich so, dass die Bedeutung von Territorium und strategischer Tiefe gerade im Raketenzeitalter zunimmt.

Auf Israel bezogen gibt es dabei einen zusätzlichen Sicherheitsfaktor, der von der Anfälligkeit der nationalen Infrastrukturen für Raketenangriffe beeinflusst wird. Wie bereits eingangs erwähnt, besteht der Großteil von Israels Infanterieeinheiten aus Reserveregimentern. Die israelische Verteidigungsarmee kann ihre volle Kraft

verteidigen, reibungslos mobilisiert werden. Daher gilt ohne jeden Zweifel: je weiter die Stützpunkte der Reservekräfte voneinander sowie von der Grenze selbst entfernt sind, desto größer werden die Chancen, dass diese Regimenter vor ihrem Einsatz auf dem Kriegsschauplatz erfolgreich mobilisiert und ausgerüstet werden können – selbst im Fall eines Raketenangriffs.

Da der Großteil von Israels Bevölkerung westlich des Westjordanlands lebt, ist das auch der Ort, wo sich die Sammelstellen der mobilisierten Reserveeinheiten befinden müssen. Diese können zum Beispiel nicht in den Süden, also in die Negev-Wüste, verlegt werden. Aus diesem Grund ist es für Israels Fähigkeit, seine Reservekräfte zu mobilisieren, zu bewaffnen und sicherzustellen, dass diese als organisiertes Militär auf dem Kriegsschauplatz eintreffen, so unerlässlich, dass die an der Längsseite

Nur ein ausgedehntes Gelände, das die Möglichkeit bietet, diese Zweitschlagsysteme zu verstreuen und zu tarnen, bietet jenes Maß an Kapazitätsüberhang, das Israel braucht, um einen Raketenangriff zu überstehen

erst dann entfalten, wenn alle Reservisten auf dem Kriegsschauplatz eingetroffen sind – ein Vorgang, der bis zu 48 Stunden dauert. Aus diesem Grund ist es von ungeheurer Bedeutung, dass die Reservisten, ohne die Israel nicht stark genug ist, um den Staat langfristig zu

des Westjordanlands verlaufende Grenze in sicherer Entfernung dieser Rekrutierungs- und Rüstungsstellen liegt.

In diesem Zusammenhang sticht die Bedeutung des hohen Bergkamms, der das größte Ballungszentrum des Staates Israel

überblickt, ganz besonders ins Auge. Die Nutzung dieses Territoriums zum Einsatz von Laserpointern für konventionelle Artillerie oder für laserpunktgesteuerte Präzisionsraketen könnte in Zukunft zum entscheidenden Faktor werden und bestimmen, inwiefern Israel fähig sein wird, den Kriegsschauplatz in die Arena des Feindes zu verlegen.

Aber nicht nur das: falls sich die Mobilisierung der Reservekräfte wegen eines ballistischen Raketenangriffs auf die eine oder andere Art verzögern sollte, ist klar, dass die topographischen Ausgangsverhältnisse, mit welchen die kleine, zahlenmäßig unterlegene reguläre Armee vor allem im Grenzgebiet konfrontiert wird, für die erfolgreiche Abwehr eines Erstangriffs geradezu lebensentscheidend sind; vor allem, wenn sie über einen längeren Zeitraum hinweg kämpfen muss, ohne Verstärkung zu bekommen. Wenn

ihnen bei der Manövrierung von Rückzug und Gegenoffensive maximale Flexibilität ermöglicht.

Die Verteidigung vor der

Die israelische Armee kann ihre volle Kraft erst dann entfalten, wenn alle Reservisten auf dem Kriegsschauplatz eingetroffen sind – ein Vorgang, der bis zu 48 Stunden dauert.

sie in einer derartigen Situation nicht schon a priori Stützpunkte östlich der Linien von 1967 besitzt, hat die israelische Armee keine Chance, einem solchen Angriff standzuhalten. Die regulären Streitkräfte müssen auf eine Weise über den Raum verteilt sein, die

Bedrohung durch Terrorismus

Als man in der Vergangenheit über Israels endgültige Grenzlinien debattierte, wurde der terroristischen Bedrohung als ernstzunehmender Faktor noch nicht Rechnung getragen. In jüngster Zeit gibt es so manche, die das gegenteilige Argument anführen. Ihrer Ansicht nach hat man heutzutage weniger mit konventionellen Kriegen der klassischen Art zu rechnen, sondern vielmehr mit so genannten „Kriegen von geringer Intensität“ (low-intensity wars), die vor allem aus Guerilla- und Terrorangriffen bestehen. Der Terrorismus kann sowohl durch den Beschuss israelischer Ballungszentren, durch Steilfeuerartillerie wie Mörsergranaten und Raketen zum Ausdruck kommen, als auch durch Terroristen, die Explosivmaterial einschmuggeln oder durch Selbstmordattentäter, die sich unter Zivilisten in die Luft sprengen. Der Terrorismus kann

Entfernung dieser Zentren von den Grenzlinien eine entscheidende Bedeutung zukommt. Allein durch die unterschiedliche Entfernung kann erklärt werden, warum die von der Hamas-Bewegung aus dem Gazastreifen abgeschossenen Kassam-Raketen nur bis nach Sderot kommen und nicht bis zur Küstenstadt Ashkelon – in diesem Fall spielen zwei Kilometer eine entscheidende Rolle. Falls es in naher Zukunft zu einem Krieg mit der Hisbollah kommen sollte, so kann diese mit ihren Raketen zwar Haifa beschießen, aber nicht Tel-Aviv, das weiter von der libanesischen Grenze entfernt liegt. Sollte Israels östliche Landesgrenze wieder an der Linie vom Juni 1967 liegen, können die Terroristen die Vorstädte Tel-Avivs beschießen, und das auch ohne Katjuscha-Raketen; und sollten diese Katjuscha-Raketen im Westjordanland stationiert sein, dann ist keine israelische Stadt mehr vor ihnen sicher. Da Israel keinerlei Möglichkeit hat, Steilfeuerarti

Falls sich die Mobilisierung der Reservekräfte wegen eines ballistischen Raketenangriffs auf die eine oder andere Art verzögern sollte, ist klar, dass die topographischen Ausgangsverhältnisse, mit welchen die kleine, zahlenmäßig unterlegene reguläre Armee vor allem im Grenzgebiet konfrontiert wird, für die erfolgreiche Abwehr eines Erstangriffs geradezu lebensentscheidend sind.

sich konventioneller Waffen bedienen, aber auch chemischer, biologischer und sogar nuklearer Mittel.

Was nun die Art von Terrorismus anbelangt, die aus Steilfeuerartillerie auf Bevölkerungszentren besteht, so ist klar, dass der

llerieangriffe aus einem Territorium aufzuhalten, das sich nicht unter seiner militärischen Kontrolle befindet, ist die Position der künftigen Grenzlinien für den Schutz seiner Bevölkerungszentren der ausschlaggebende Faktor (siehe Karte 4).

Zum Thema Infiltration durch

Karte 4: Bedrohung israelischer Bevölkerungszentren aus dem Westjordanland



Terroristen soviel: für diese ist die auf dem Gelände abgesteckte Grenzlinie – egal, ob es sich um einen Sicherheitszaun oder irgendein anderes Hindernis handelt – nur ein Teilelement einer effektiven Verteidigung. Nicht weniger wichtig ist der Raum, der diesseits und jenseits dieser Grenzlinie liegt. Wenn es einem Terroristen gelingt, durch den Sicherheitszaun einzudringen, wächst die Chance, dass er rechtzeitig gestoppt werden kann, im umgekehrten Verhältnis zu der Entfernung, die er vor seinem Anschlag zurücklegen muss. Aber auch die Chance, eine Überwindung des Sicherheitszauns überhaupt zu verhindern, wächst, wenn die israelische Armee das angrenzende Gebiet jenseits des Sicherheitszauns auf eine Weise kontrolliert, die ihr Spielraum, Zeit und die Möglichkeit bietet, gegen jeden vorzugehen, der sich dem Zaun nähert.

Mehr als das: ein Rückzug Israels aus

bestens bewährt, als Israel das Territorium noch vollständig unter seiner Kontrolle hatte. Nach dem Rückzug wird es für die israelische Armee schwierig, sich weiterhin dieser Taktik zu bedienen. Ihre Fähigkeit, Terroranschläge zu vereiteln, wird zunehmend von der Einrichtung eines Sicherheitsterritoriums diesseits und jenseits des Zauns abhängig sein.

Dass das Eindringen von Selbstmordattentätern in den letzten Jahren mit Hilfe des Sicherheitszauns um den Gazastreifen erfolgreich verhindert werden konnte, ist unter anderem der Tatsache zu verdanken, dass es jenseits dieses Zauns eine Sicherheitszone gab, in der die Terroristen noch im Gazastreifen selbst aufgehalten werden konnten – bevor sie den Zaun erreichten. Auch die Bewegungsfreiheit, die das israelische Militär bei der Vereitelung von Angriffen, die vom Gazastreifen aus gestartet werden sollten,

So genügte schon die Landung einer einzigen Mörsergranate pro Woche in der Nähe von Israels internationalem Flughafen Ben-Gurion, um den zivilen Luftverkehr des Landes vollständig lahm zu legen. Ohne eine israelische Kontrolle über die ausschlaggebenden Gebiete östlich der Grenzen von 1967 kann das israelische Militär einen solchen Artilleriebeschuss nicht verhindern.

den palästinensischen Bevölkerungszentren bedeutete eine starke Einschränkung seiner Fähigkeit, den Terrorismus an seinem Entstehungsort selbst sowie in den Häusern seiner Aktivisten zu bekämpfen. Dieses System hat sich im Westjordanland

besaß, trug zum Erfolg des Sicherheitszauns rings um diesen bei. Sollte sich erweisen, dass die palästinensischen Sicherheitsdienste nun, nach dem Rückzug, weder stark, noch entschlossen genug sind, um Angriffe aus dem Gazastreifen zu verhindern, muss man

zunächst einmal abwarten und sehen, ob der Zaun die feindlichen Infiltrationen ebenso effektiv stoppen kann, wie er dies in der Vergangenheit tat. Mit Sicherheit wird die Aufgabe, ein Überschreiten des Zauns zu verhindern, nun wesentlich komplizierter sein.

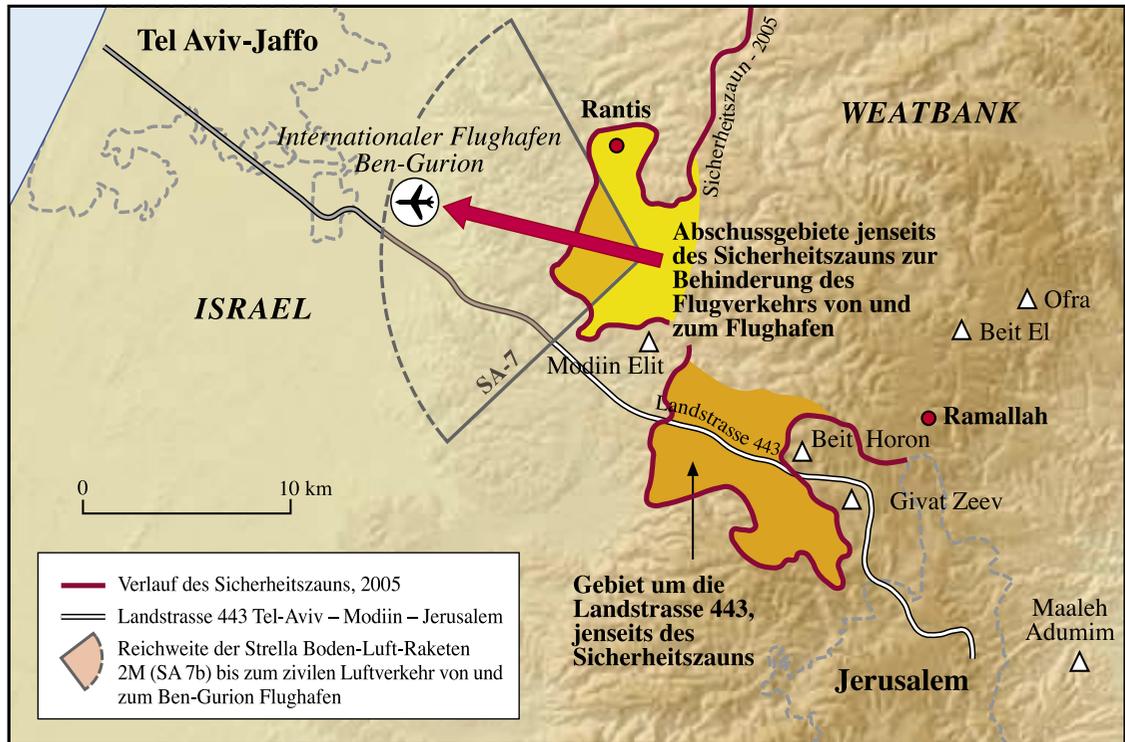
Kurz gesagt sind Sicherheitszonen und die Einrichtung eines taktischen Raumes zur Bekämpfung terroristischer Infiltrationen auch da unerlässlich, wo es einen Zaun gibt; daher bleiben territoriale Überlegungen auch im Umgang mit Terroristen ein integraler Bestandteil.

Dabei muss man im Kampf gegen den Terrorismus einen weiteren Faktor berücksichtigen, der unmittelbar mit dem Thema verteidigungsfähiger Grenzen verbunden ist. Die Fähigkeit der Terrororganisationen, Israel anzugreifen, hängt weitgehend von der Qualität der ihnen zur Verfügung stehenden Waffen ab. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass Israels größte Erfolge im Krieg gegen den Terror in den letzten Jahre darauf zurückzuführen sind, dass es ihm gelungen ist, das Westjordanland zu isolieren und zu verhindern, dass die Palästinenser von Jordanien aus mit Waffen versorgt werden. Im Vergleich dazu waren seine Bemühungen, den Waffenschmuggel aus Ägypten in den Gazastreifen zu verhindern, nicht immer von Erfolg gekrönt. Das zeigte sich in der Fähigkeit der Palästinenser, gerade im Gazastreifen Kassam-Raketen herzustellen. Es zeigte sich auch in der Qualität der Waffen, die diese dort besitzen. Eine Verlegung der israelischen Verteidigungskräfte an die Grenzlinien von 1967 würde die Situation im Westjordanland von Grund auf verändern. Sollte Israels

Ostgrenze vom Jordanfluss an die Linie von 1967 zurückverlegt werden, dann könnten die Terroristen auf den Anhöhen des Westjordanlands jede gewünschte Waffe in ihren Besitz bringen und würden für Israel eine unverhältnismäßig größere Bedrohung darstellen. Katjuscha-Raketen gerieten unbehindert ins palästinensische Territorium – ihr Einfluss wäre sofort zu spüren. So genügte schon die Landung einer einzigen Mörsergranate pro Woche in der Nähe von Israels internationalem Flughafen Ben-Gurion, um den zivilen Luftverkehr des Landes vollständig lahm zu legen. Ohne eine israelische Kontrolle über die ausschlaggebenden Gebiete östlich der Grenzen von 1967 kann das israelische Militär einen solchen Artilleriebeschuss nicht verhindern. Die Stationierung von Anti-Aircraft-Schulterraketen auf den Hügeln, die das Gelände des Flughafens überblicken, würde das strategische Gleichgewicht von Grund auf erschüttern (Karte 5). Eine solche Entwicklung würde auch den Einsatz von Kampfhubschraubern im besagten Territorium erheblich erschweren und dadurch die Reaktionsfähigkeit des israelischen Militärs dramatisch verringern.

Zusammenfassung

Karte 5: Bedrohung vitaler israelischer Interessen aus strategischen Gebieten jenseits des Sicherheitszauns: Schutz des Ben-Gurion Flughafens und der Autobahn Tel-Aviv – Jerusalem



Betrachtet man Israels Grenzen von einem rein militärisch-professionellen Standpunkt, so geht hervor, dass ein Rückzug auf die Linien von 1967 Israel aus folgenden Gründen in eine schwierige Lage brächte:

- Israel wäre nicht länger imstande, sich gegen eine zukünftige konventionelle militärische Bedrohung zu verteidigen. Angesichts der aktuellen Lage im Nahen Osten kann niemand garantieren, dass sich eine solche Bedrohung nicht in Realität verwandelt.
- Israels Fähigkeit, im Fall eines Raketenangriffs die Zerstörung seiner nationalen Infrastrukturen zu verhindern, würde erheblich geschwächt und auch seine Zweitschlagkapazität würde sich beträchtlich verringern.
- Auf Grund dieser beiden Schwächen wächst die Wahrscheinlichkeit, dass Israels Feinde beschließen, ihre Möglichkeiten zu verwirklichen, und auf eine der beiden Arten oder in Kombination dieser beiden anzugreifen.
- Was den Terrorismus anbelangt: bei einer Konfrontation mit Steilfeuerartillerie – von Mörsergranaten bis zu Raketenfeuer – ist es unerlässlich, dass die Entfernung zwischen Israels künftigen Grenzen und seinen zentralen Infrastrukturen groß genug ist. Nur dann können solche Angriffe scheitern. Darüber hinaus ist eine jenseits des Zauns gelegene Sicherheitszone für jeden

Sicherheitszaun ein notwendiges Element, wenn dieser wirksam vor Infiltrationen schützen soll.

Die Bedeutung der geographischen Aspekte „verteidigungsfähiger Grenzen“ wurde von führenden internationalen Persönlichkeiten aus den unterschiedlichsten politischen Lagern angesprochen. In einem Gespräch mit dem ehemaligen amerikanischen Außenminister Henry Kissinger, das stattfand, als die Regierung Ehud Baraks einen vollständigen Rückzug (unter geringfügigen Grenzkorrekturen) auf die Linien von 1967 erwog, erklärte ich diesem, die israelische Regierung hoffe darauf, sich im Hinblick auf die Zukunft des Landes auf die Unterstützung der westlichen Welt, auf internationale Garantien und Rückendeckung durch die Vereinigten Staaten verlassen zu können. Kissinger reagierte erbost und erklärte, er betone und wiederhole bei jeder Gelegenheit, dass Israel verteidigungsfähige Grenzen brauche und auch nicht dahingehend unter Druck gesetzt werden dürfe, sich auf die Linien von 1967 zurückzuziehen – und siehe da, nun zöge Israel selbst einen solchen Rückzug in Betracht und wolle sich auf Garantien verlassen, die in der Stunde der Wahrheit völlig wertlos seien! Weiter führte er an, Südvietnam habe die Garantien von zwanzig Staaten besessen; nach dem Einfall der Nordvietnamesen sei jedoch kein einziger Staat bereit gewesen, seine Telefonanrufe entgegenzunehmen. Der Wink war klar: Israel darf sich keinesfalls auf internationale Garantien verlassen und einen Rückzug auf die Grenzen von 1967 riskieren. Wenn die

Staaten der Welt die USA in der Stunde der Not trotz aller Versprechungen allein gelassen haben, kann man ganz gewiss nicht darauf bauen, dass sie Israel in einer ähnlichen Situation unterstützen würden.

Ähnliche Folgerungen waren in Israel auch von Anderen zu hören. So erklärte Shimon Peres im Juni 1967 in der Tageszeitung Maariv: „Man muss sicherstellen, dass Israel nicht nur Länge besitzt, sondern auch Breite. Wir dürfen uns nicht von allen möglichen Beratern und Journalisten verführen lassen, zu einem Staat zurückzukehren, dessen Taille ganze 14 km breit ist“.

Der verstorbene ehemalige IDF-Generalstabschef Mordechai (Motta) Gur erklärte im Mai 1978 in einem Interview mit dem Newsweek-Journal, als Strategie hege er keinen Zweifel daran, dass es für Israels Verteidigung nötig sei, die dominanten Hügel des Westjordanlands beizubehalten

Standpunkt: „Welche Einigung auch immer mit den Palästinensern und den Jordanern erreicht werden mag, die Schlüsselpositionen, die Israels Verteidigung sichern, müssen ausschließlich der unbehinderten Benutzung durch die israelische Armee vorbehalten bleiben. Diese Positionen sind das Jordantal und die Hügel“.

Und zum Abschluss die klaren Worte Itzchak Rabins bei seinem letzten Knesset-Auftritt einen Monat vor seiner Ermordung: „Wir werden uns nicht auf die Linien des 4. Juni 1967 zurückziehen – die Sicherheitsgrenze zur Verteidigung des Staates Israel wird im Jordantal im weitesten Sinne des Wortes – verlaufen“. Kein Wunder, dass dies Rabins sicherheitspolitisches Erbe war; hatte er doch schon 1980 fest auf seiner Meinung beharrt: „Sollten wir das Westjordanland räumen, so bedeutete das die größte Bedrohung, der wir jemals gegenüberstehen werden“.

Kissinger reagierte erbost und erklärte, er betone und wiederhole bei jeder Gelegenheit, dass Israel verteidigungsfähige Grenzen brauche und auch nicht dahingehend unter Druck gesetzt werden dürfe, sich auf die Linien von 1967 zurückzuziehen

– von Hebron bis Nablus. Weiter erklärte er, dass Israel auch im Jordantal stationiert bleiben müsse. Der verstorbene Moshe Dayan, auch er ein ehemaliger Generalstabschef, Verteidigungs- und Außenminister, vertrat in dieser Angelegenheit einen kompromisslosen

Anhang 1

Militärisch-strategische Aspekte der Topographie des Westjordanlandes im Hinblick auf die Sicherheit des Staates Israel

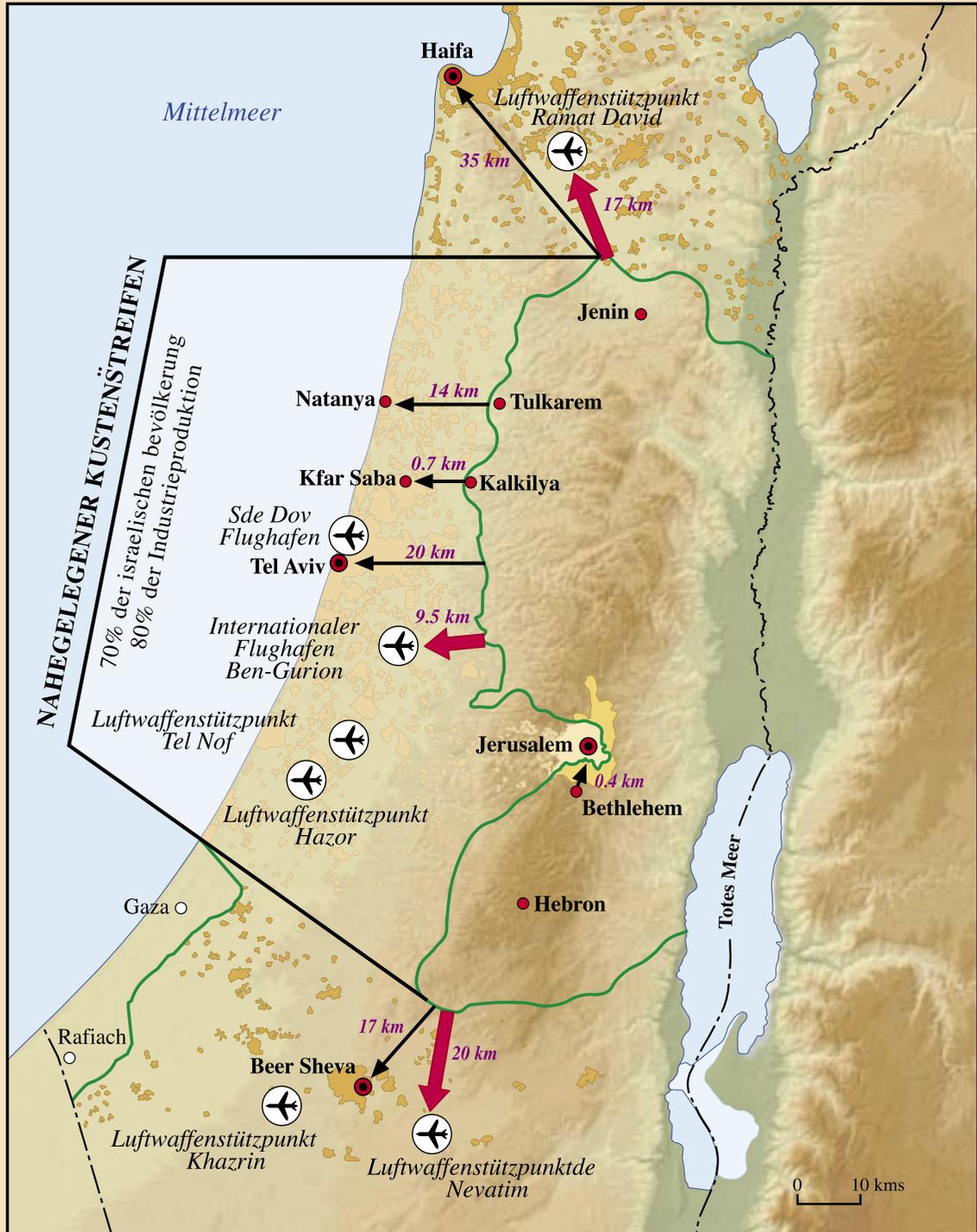
Auf Grund seiner Lage und seiner Topographie hat das Westjordanland eine besonders wichtige Rolle in der nationalen Sicherheit Israels eingenommen, seitdem die israelische Armee es 1967 eroberte. Das Westjordanland stellt mit einer Fläche von 5500 km² ein relativ kleines Gebiet dar. Es befindet sich jedoch in unmittelbarer Nähe der Küstenebene Israels, in der 70% der israelischen Bevölkerung und 80% der Produktionsstätten des Landes angesiedelt sind. Darüber hinaus bestehen die Gebiete von Judäa und Samarien hauptsächlich aus einer Hügelkette, die sich von Nord nach Süd erstreckt und die wichtigsten, in der Küstenebene gelegenen Infrastrukturen der Landes überragt – u.a. den internationalen Flughafen des Landes, Hi-Tech Industrieanlagen und die meisten Autobahnen und Schnellstraßen, die Haifa, Tel Aviv und Jerusalem miteinander verbinden. Das Regenwasser, das von dieser Hügelkette in die Grundwasserleitung im westlichen Samarien strömt, liefert 30% des Trinkwassers Israels.

Ein feindliches Heer, das die dominierenden Positionen in Judäa und Samarien einnähme, könnte eine Bedrohung für den Kern des Staates Israel darstellen und das Wirtschaftsleben stark beeinträchtigen oder sogar zum Stillstand bringen und große Teile der Bevölkerung gefährden (vgl. Karte 6). Für andere Landesteile, die Israel im Sechs-Tage-Krieg eroberte, ist der Sachverhalt nicht unbedingt gleich: für die neben der Negev Wüste gelegene Sinai Halbinsel und die Golanhöhen, die den See Genezareth und den Nordteil des Staates Israel überragen. Eine militärische Niederlage in diesen Gebieten könnte zwar eine große Gefahr für die Sicherheit Israels darstellen, der Staat selbst wäre jedoch nicht in seinem Fortbestehen bedroht. Im Gegensatz dazu, führte eine Stilllegung und Eroberung der Küstenebene zur Vernichtung des Staates Israel.

Aus militärischer Sicht handelt es sich dabei um den wichtigsten Aspekt, der die strategische Bedeutung der Gebiete von Judäa und Samarien für den Staat Israel ausmacht.

Ein zusätzlicher Aspekt der strategischen Bedeutung von Judäa und Samarien liegt in der Aufgabe als Sperre, die die Küstenebene vor einem von Osten kommenden Angriff durch Panzerstreitkräfte schützt. Die Hügelkette von Judäa und Samarien ist an ihrer höchsten Stelle nur 900 m hoch; westlich von ihr befindet sich jedoch das Jordantal, die tiefste Stelle der Welt, die eine Tiefe von 370 m unterhalb des Meeresspiegels erreicht. Die Bedeutung liegt darin, dass die Hügelkette von Judäa und Samarien für ein angreifendes Heer eine 1300m hohe und relativ steile Hürde nach Osten darstellt (vgl. Karte 7). Die Entfernung des Jordanflusses von den Gipfeln

Karte 6: Israels strategische Verletzbarkeit gegen Angriffe aus dem Westjordanland



der Hügelkette beträgt zwischen 13 und 19 km (die Breite von ganz Judäa und Samarien beträgt etwa 54 km). Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Israel unter normalen Umständen relativ kleine Einheiten des stehenden Heeres einsetzen kann, die zumindest zahlenmäßig den großen stehenden Heeren seiner Nachbarstaaten weit unterlegen sind, bilden die steilen Osthänge der Hügelkette den einzigen echten Ersatz für die Verteidigungslinie der israelischen Armee, bis zur Einberufung der Reserveeinheiten, um sich mit der bevorstehenden Bedrohung auseinanderzusetzen.

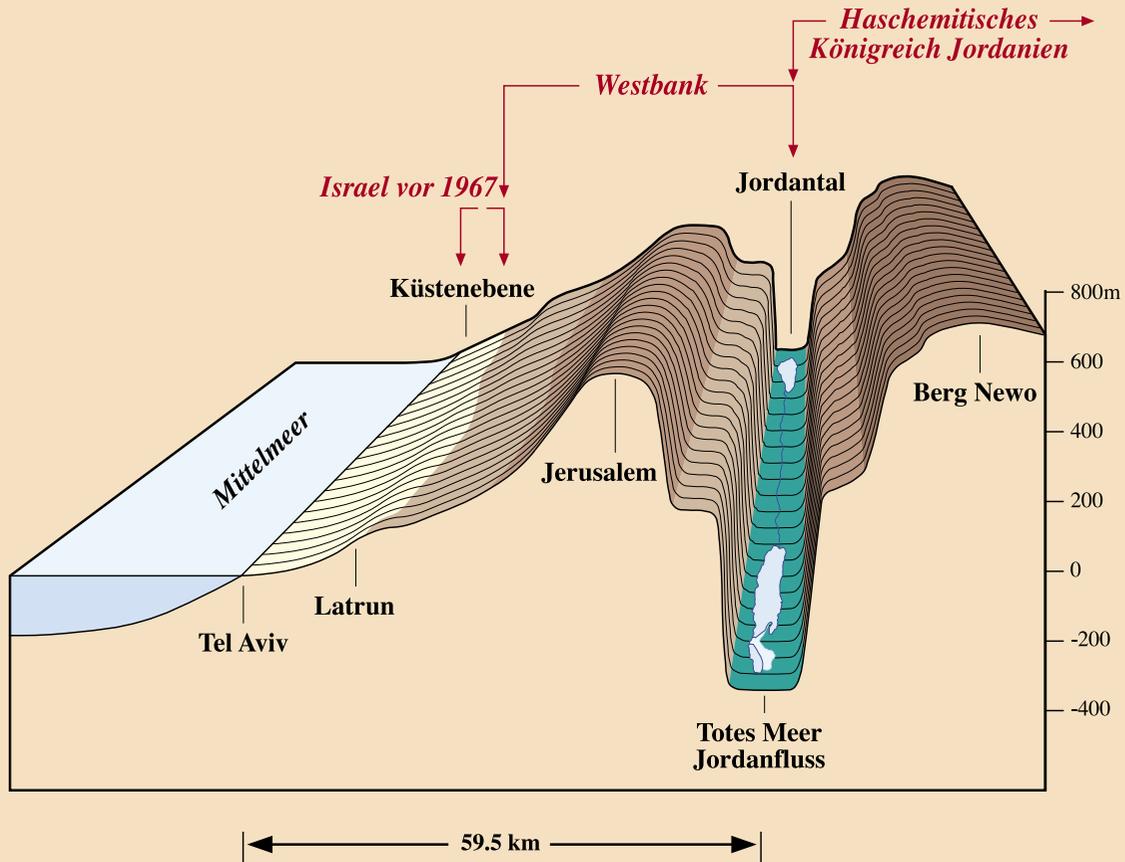
Die Hügelkette von Judäa und Samarien leistet auch in anderer Hinsicht ihren Beitrag zur Sicherheit des Staates Israel. Die militärische Hoheit Israels über das Jordantal erlaubt es, gegen das Einschmuggeln von modernen Waffen für palästinensische Terrororganisationen vorzugehen. Israel hat jetzt einen Landstreifen von 100 km Breite zu bewachen, im Vergleich zur Grenzlinie von 1967, die sich über etwa 360 km erstreckte. Obwohl die Streitkräfte Jordaniens versuchen, den Fluss illegaler Waffen durch das jordanische Königreich einzudämmen, sind sie nicht immer erfolgreich. Die Hizbollah versucht illegale Waffen aus dem Libanon über Südsyrien einzuschmuggeln.

Darüber hinaus sind Judäa und Samarien auch für die Verteidigung des Luftraumes von Israel von äußerster Bedeutung. Im Falle einer hohen Alarmstufe kann Israel seine Luftabwehrkräfte auf den Hügeln und Berggipfeln von Judäa und Samarien aufstellen, um aus vorderster Linie feindliche Flieger zu sichten und abzufangen und nicht erst von der dichtbevölkerten Küstenebene aus. Das Blickfeld eines Kurzstreckenradars und der Frühwarnsysteme, die entlang der Küstenebene aufgestellt werden müssten, würde durch die Hügelkette von Judäa und Samarien abgeblockt (dabei ist der Raketenabfangradar sehr wohl in der Lage, Raketen abzuschießen). Daher hat Israel seit Jahren diese Verteidigungsanlagen in den höhergelegenen Gebieten von Judäa und Samarien aufgestellt. Daraus geht klar hervor: sollte sich der Luftraum über Judäa und Samarien in feindlicher Hand befinden, bekäme Israel nur eine sehr viel kürzere Warnung – und vielleicht nicht einmal das. Somit wäre auch der Start von Kampfflugzeugen nicht möglich. Heute braucht ein feindliches Kampf- und Raketenflugzeug nur 3 Minuten um vom Jordanfluss aus das Mittelmeer, Judäa und Samarien und Israel zu erreichen (67 km). Es ist zu bezweifeln, dass der Staat Israel eine befriedigende Verteidigungsfähigkeit seines Luftraumes durch Abschussflugzeuge oder Flugzeugabwehrraketen beibehält, wenn er weniger als 3 Minuten für einen Einsatz zur Verfügung hat.

In manchen Kreisen werden solche Drohungen von Seiten der östlicher Nachbarn Israels

angezweifelt, insbesondere nach dem Friedensvertrag mit Jordanien und nachdem der Irak von Saddam Hussein befreit ist. Man muss hierbei allerdings daran erinnern, dass die Planung der nationalen Sicherheit sich nicht nur auf die gegenwärtige politische Lage stützen darf, sondern mögliche Veränderungen in den Absichten der Nachbarstaaten Israels zu berücksichtigen hat. Israel braucht verteidigungsfähige Grenzen, um sich auch langfristig, in den kommenden Jahrzehnten verteidigen zu können, nicht nur in den nächsten fünf Jahren. Es besteht keinerlei Garantie dafür, dass in Zukunft alte Bedrohungen nicht wiederaufleben oder dass nicht neue, schrecklichere Bedrohungen, als wir sie in der Vergangenheit kannten, auftauchen.

**Karte 7: Topographie und
Israels Sicherheit: Einsatz
der 1300m hohen Hügelkette
zum Schutz der verletzbaren
Küstenebene**





Erklärungen zu UN-Sicherheitsratsresolution 242 zum Nahen Osten vom 22. November 1967

Dr. Meir Rosenne

Seit über 30 Jahren bildet die UN Sicherheitsratsresolution 242 den maßgebenden Bezugspunkt der gesamten arabisch-israelischen Diplomatie. Jedes bedeutende arabisch-israelische Abkommen – vom 1979 abgeschlossenen ägyptisch-israelischen Friedensvertrag über die Abkommen von Oslo – beziehen sich auf Resolution 242. In ausschlaggebendem Maße definierte Resolution 242 zum ersten Mal die internationalen Erwartungen über das Ausmaß eines zukünftigen israelischen Rückzugs von Gebieten, die die israelische Armee im Sechstage-Krieg von 1967 erobert hatte. Dieser Rückzug wurde mit dem zwischen den Parteien zu erreichenden Frieden gekoppelt. Resolution 242 bildet auch die Grundlage für Israels Recht auf verteidigungsfähige Grenzen.

Viele Artikel wurden von internationalen Rechtsexperten, von Regierungsvertretern und den Medien zu Resolution 242 geschrieben. Da jedoch leider viele dieser Interpretationen keinerlei Verbindung mit dem tatsächlichen Inhalt der Resolution aufweisen, ist es notwendig, ihre wahre Bedeutung darzustellen. In der Tat interpretieren sogar israelische Politiker die Resolution 242 nicht ihrem Sinn entsprechend, sondern auf eine Weise, die dem Wortlaut und der klar ausgedrückten Absicht ihrer Urheber völlig widerspricht.

Drei Schlüsselfragen müssen unabhängig voneinander behandelt werden:

1. Wie kam es zu Resolution 242?
2. Was ist der Inhalt von Resolution 242?
3. Was ist die rechtliche Bedeutung von Resolution 242?

Die Geburt von Resolution 242

Am 7. November 1967 wandte sich die Vereinigte Arabische Republik (Ägypten) an den Vorsitzenden des UN Sicherheitsrates und beantragte eine dringende Sitzung des Rates,

Sicherheitsrat - Resolution 242

Der Sicherheitsrat, als Ausdruck seiner ständigen Besorgnis über die ernste Lage im Nahen Osten, unter Betonung der Unzulässigkeit des Erwerbs von Territorium durch Krieg und der Notwendigkeit, für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu wirken, in dem jeder Staat in der Region in Sicherheit leben kann, unter Betonung ferner, daß alle Mitgliedsstaaten durch die Annahme der Charta der Vereinten Nationen die Verpflichtung eingegangen sind, in Übereinstimmung mit Artikel 2 der Charta zu handeln.

1. bekräftigt, daß die Erfüllung der Grundsätze der Charta die Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten verlangt, der die Anwendung der beiden folgenden Grundsätze einschließen sollte:
 - a. Rückzug israelischer Streitkräfte aus (den) Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden;
 - b. Beendigung aller Behauptungen oder Formen eines Kriegszustandes sowie die Beachtung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit eines jeden Staates in dem Gebiet und seines Rechts, innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen in Frieden zu leben, frei von Drohungen und Akten der Gewalt;
2. bekräftigt ferner die Notwendigkeit,
 - i. die Freiheit der Schifffahrt auf den internationalen Wasserstraßen der Region zu garantieren;
 - ii. eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems zu erreichen;
 - iii. die territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit eines jeden Staates in dieser Region durch Maßnahmen sicherzustellen, zu denen die Schaffung entmilitarisierter Zonen gehört;
3. ersucht den Generalsekretär, einen Sonderbeauftragten zu ernennen, der sich in den Nahen Osten begeben soll, um dort mit den betreffenden Staaten Verbindung aufzunehmen und zu halten, um Übereinstimmung zu fördern und Bemühungen zu unterstützen, eine den Regelungen und Grundsätzen dieser Resolution gemäß friedliche und akzeptierte Lösung zu erreichen;
4. ersucht den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat so bald wie möglich über den Fortschritt der Bemühungen des Sonderbeauftragten zu berichten.

Abstimmung: Einstimmige Annahme

angesichts Israels Weigerung, seine Truppen aus den Gebieten, die es im Sechs-Tage-Krieg im Juni 1967 erobert hatte, abzuziehen. Der Sicherheitsrat traf vom 9. bis zum 22. November 1967 zu mehreren Sitzungen zusammen.

Zwei Resolutionsentwürfe wurden dem Rat vorgelegt: Zuerst wurde ein Resolutionsentwurf von Indien, Mali und Nigerien eingebracht, dann legten auch die Vereinigten Staaten einen Entwurf vor. Während der Tagungen wurden zwei weitere Resolutionsentwürfe vorbereitet: der eine von Großbritannien, am 16. November und der zweite von der Sowjetunion am 20. November 1967.

Nach einer Reihe von Debatten im Sicherheitsrat wurde nur über den britischen Entwurf abgestimmt, der letzten Endes einstimmig angenommen wurde. Der vorgelegte britische Text stellte eigentlich

dass in den in der Vergangenheit in der UN Generalversammlung abgehaltenen Debatten, in der der arabische Block eine automatische Mehrheit gegen Israel genoss, viele anti-israelische Resolutionen zum arabisch – israelischen Konflikt verabschiedet worden waren. Resolutionen der Generalversammlung stellen jedoch lediglich Empfehlungen dar und schaffen demnach keine international rechtlich bindenden Auflagen. Im Gegensatz dazu sind Resolutionen des UN Sicherheitsrates rechtlich verbindlich, insofern sie unter Kapitel VII der UN Charta verabschiedet worden sind. Eine Resolution laut Kapitel VII ist, der Charta entsprechend, „eine Maßnahme bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen“.

Die Resolution 242 passte allerdings nicht in die Kategorie einer Resolution laut Kapitel VII (da Israels Maßnahmen im Sechs-Tage-Krieg diese Darstellung nicht

Alle Anstrengungen des arabischen Blocks, Israel vor den Vereinten Nationen als Angreifer des Sechs-Tage-Krieges verurteilen zu lassen, schlugen völlig fehl.

eine Kompromisslösung zwischen den verschiedenen vorgelegten Entwürfen dar. Nach seiner Verabschiedung, erhielt der britische Entwurf formell die Bezeichnung Resolution 242.

Es muss darauf hingewiesen werden,

verdienten). Resolution 242 wurde dagegen unter Kapitel VI der UN Charta verabschiedet, das sich mit der „friedlichen Beilegung von Streitigkeiten“ beschäftigt. Somit sind also alle Anstrengungen des arabischen Blocks, Israel vor den Vereinten Nationen als den Angreifer

des Sechs-Tage-Krieges verurteilen zu lassen, völlig fehlgeschlagen. Laut Resolution 242 wurden Israel Rechte und Pflichten bezüglich der Gebiete zugesprochen, die seine Truppen eingenommen hatten.

Die rechtliche Bedeutung von Resolution 242

Resolution 242 gilt nur für „alle Staaten im Gebiet“ des Nahen Ostens. Es wird ausdrücklich festgestellt, dass es notwendig sei, „sichere und anerkannte Grenzen“ zu schaffen. Der damalige US-amerikanische UN Botschafter Arthur Goldberg, unterstrich diesen Punkt in seiner Ansprache vor dem Sicherheitsrat am 15. November 1967: „Historisch hat es in diesem Gebiet nie sichere und anerkannte Grenzen gegeben. Weder die Waffenstillstandslinien von 1949 noch die

seine arabischen Nachbarn lediglich durch Waffenstillstandslinien getrennt und definitive politische Grenzen zwischen ihnen noch nicht eingerichtet worden waren. Es ist klar ersichtlich, dass Resolution 242 darauf abzielte, diese Waffenstillstandslinien durch endgültige politische Grenzen zu ersetzen.

Das Wort „Palästinenser“ taucht in Resolution 242, die sich, wie schon bemerkt, nur auf bestehende Staaten bezieht, nicht einmal auf. In den Oslo-Abkommen erkannte Israel die Selbstbestimmungsrechte der Palästinenser an. Resolution 242 wird allerdings lediglich als Grundlage für ein regionales Friedensabkommen genannt.

Es muss ganz klar festgestellt werden, dass Resolution 242 Israel in keinster Weise dazu aufruft, sich auf die Linien vom 4. Juni 1967, d.h. vor Ausbruch des Sechs-Tage-Krieges, zurückzuziehen. Arabische Diplomaten haben dennoch versucht zu

Resolution 242 rief in keinster Weise Israel dazu auf, sich auf die Linien des 4. Juni 1967, vor dem Ausbruch des Sechs-Tage-Krieges, zurückzuziehen.

Waffenstillstandslinien von 1967 entsprechen dieser Beschreibung“.

Während der Debatten im UN Sicherheitsrat hatten alle Vertreter der arabischen Staaten, wie im Mai 1967 bekannt wurde, erklärt, dass Israel und

behaupten, die Resolution schließe jede territoriale Veränderung aus, da die Präambel der Resolution sich auf das internationale Prinzip beruft, die gewaltsame Annexierung von Gebieten sei illegal. In der Präambel wird tatsächlich ausdrücklich Bezug genommen

auf die „Unzulässigkeit des Erwerbs von Territorium durch Krieg“. Dieses Prinzip wurde von den Vätern von Resolution 242 allerdings in die Präambel und nicht in die rechtswirksamen Paragraphen gesetzt. In einer Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes (in der Auseinandersetzung um Danzig) wird festgestellt, dass die Präambeln der Völkerratsresolutionen nicht verbindlich sind – lediglich die rechtswirksamen Teile dieser Resolutionen können rechtliche Verantwortungen mit sich bringen. Diese Darstellung wurde aus der Zeit des Völkerbundes in die der Vereinten Nationen übernommen.

Der Erwerb von Territorium in einem Verteidigungskrieg ist nicht zu vergleichen mit dem in einem Angriffskrieg

Es gibt einen zusätzlichen, kardinalen Aspekt bezüglich der Frage, ob der Erwerb von erobertem Territorium durch Israel 1967 als illegal betrachtet werden kann. Der im Internationalen Recht als hohe Autorität geltende Sir Elihu Lauterpacht unterscheidet zwischen unrechtmäßiger territorialer Veränderung durch einen Angreifer und rechtmäßiger territorialer Veränderung als Reaktion auf einen Angreifer. Bei der Formulierung der Präambel bezogen sich die Väter von Resolution 242 auf bekannte internationale Rechtsprinzipien, die territoriale Veränderungen als Ergebnis von Aggressionen ausschlossen. Die Präambel spricht von einem „Erwerb von Territorium durch Krieg“.

Ist der Erwerb von erobertem Gebiet durch Israel 1967 illegal? Die große Autorität im internationalem Recht, Sir Elihu Lauterpacht, unterscheidet zwischen unrechtmäßiger territorialer Veränderung durch einen Angreifer und rechtmäßiger territorialer Veränderung als Reaktion auf einen Angreifer.

Der Fall eines Verteidigungskrieges als Reaktion auf einen Angriff schafft einen völlig anderen Tatsachenbestand. Diese Unterscheidung wurde ebenfalls von Stephen Schwebel getroffen, der später als Rechtsberater des US State Departments¹ fungierte und dann

Präsident des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag wurde. Die Präambel von Resolution 242 bedeutete einen Kompromiss, der auch die anderen Entwürfe berücksichtigte, die dem Sicherheitsrat vorlagen, obwohl sie für Israels Fall nicht wirklich relevant waren. Durch ihre Beibehaltung in der Präambel und nicht im rechtswirksamen Teil der Resolution, haben die Väter von Resolution 242 es vermieden, jegliche rechtliche Auflagen für Israel zu schaffen, die dahingehend ausgelegt werden könnten, dass der Aufruf der Resolution nach „sicheren und anerkannten Grenzen“ über die Grenzlinien vor 1967 hinaus ausgeschlossen werden.

Sowjetische Versuche Resolution 242 abzuändern schlugen fehl

Ein weiteres Argument, dass arabische Diplomaten im Laufe der Jahre immer wieder vorgebracht haben, bezieht sich auf den Unterschied zwischen dem englischen Wortlaut der Rückzugsklausel, die von einem „Rückzug israelischer Streitkräfte von Territorien, die im jüngsten Konflikt besetzt wurden“ spricht und dem französischen Wortlaut, der „retrait des forces armées israéliennes des territoires occupés lors du récent conflit“ zum „Rückzug israelischer Streitkräfte von den Territorien, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden“ aufruft. Der englische Text verzichtet absichtlich auf den bestimmten Artikel „die“ vor dem Wort „Territorien“ und lässt das Ausmaß der Territorien, aus denen sich Israel eventuell zurückziehen haben

Die UdSSR stellte am 20. November 1967 den Antrag, eine Klausel einzubeziehen, nach der Israel sich auf die Vorkriegslinien vom 4. Juni 1967 zurückziehen hätte, dieser Wortlaut wurde zurückgewiesen.

mag, undefiniert. Der französische Text andererseits, ist eine ungenaue Übersetzung, da „des territoires“ eine bessere Übersetzung hätte, wenn es „de territoires“ hieße).

1967 waren tatsächlich Französisch und Englisch die einzigen offiziellen UN

Sprachen – einige Zeit später kamen andere Sprachen dazu. Bei widersprüchlichen Texten, die auf Sprachunterschiede zurückzuführen sind, gilt laut üblichem Verfahren der Text, der ursprünglich dem Sicherheitsrat vorgelegt worden war. Bei Resolution 242 handelte es sich bei dem Resolutionsentwurf um einen britischen Text, der selbstverständlich in englischer Sprache abgefasst war. Ein anderer, französischer Text war von Mali und Nigerien vorgelegt worden, über den nicht abgestimmt worden war. Die UdSSR stellt am 20. November 1967 den Antrag, eine Klausel einzubauen, die von Israel verlangt, sich auf die Vorkriegslinien des 4. Juni 1967 zurückzuziehen, dieser Wortlaut wurde abgelehnt. Die einfache Tatsache, dass die sowjetische Delegation versuchte, den britischen Entwurf durch einen Zusatz abzuändern, bildet einen weiteren Hinweis darauf, dass der britische Text keinen

Recht zuschreiben, neue Grenzen zu erstellen und seine Streitkräfte nur bis zu den Linien zurückzuziehen, die es für passend erachtet“.

Darüber hinaus bezieht sich die Resolution 242 selbst auf die Notwendigkeit, „sichere und anerkannte Grenzen“ einzurichten, die, wie schon festgestellt worden war, nicht mit den vorherigen Waffenstillstandslinien identisch sein sollten. Wenn der UN Sicherheitsrat die Absicht gehabt hätte, wie es der unkorrekte französische Text anklingen lässt, einen völligen israelischen Rückzug aus allen Territorien zu erzielen, wäre es nicht notwendig, einen Wortlaut in die Resolution einzubringen, der das Festlegen neuer Grenzen fordert. Lord Caradon, der britische Botschafter, der dem Sicherheitsrat den Text vorlegte, der später die verabschiedete Fassung von Resolution 242 werden sollte, erklärte später bei mehreren Gelegenheiten öffentlich, dass keinerlei

Nachdem Resolution 242 verabschiedet worden war, gab der stellvertretende sowjetische Außenminister zu: „Es gibt sicher einen großen Spielraum für verschiedene Interpretationen, die Israel das Recht zuschreiben, neue Grenzen zu erstellen und seine Streitkräfte nur bis zu den Linien zurückzuziehen, die es für angemessen erachtet“.

völligen israelischen Rückzug verlangte. Nach der Verabschiedung von Resolution 242 gab der stellvertretende sowjetische Außenminister Vasily Kuznetsov tatsächlich zu: "Es gibt sicher einen großen Spielraum für verschiedene Interpretationen, die Israel das

Absicht bestand, einen israelischen Rückzug auf die Linien von 1967 zu verlangen.

Ab und zu wird das Argument vorgebracht, dass entsprechend Resolution 242 die Besetzung von Gebieten illegal sei. Wie bei der Besprechung zur Präambel von

Resolution 242 schon dargelegt worden war, besteht ein internationales Rechtsprinzip gegen „den Erwerb von Territorium durch Krieg“. In Resolution 242 steht jedoch keinerlei Hinweis darauf, dass die Besetzung von Territorium als illegal zu betrachten wäre. Daher entspricht es nicht den Gegebenheiten, wenn behauptet wird, dass entsprechend Resolution 242 die Besetzung der Gebiete, die Israel im Sechs-Tage-Krieg von 1967 eingenommen hat, illegal sei, insbesondere als der Krieg dem Staat Israel durch die Aggression arabischer Staaten auf 3 seiner Fronten aufgezwungen worden war.

Resolution 242 und das Flüchtlingsproblem

Resolution 242 behandelt auch die Lösung des Flüchtlingsproblems. Während der Formulierungsphase der Resolution forderten die arabischen Staaten eine ausdrückliche Bezugnahme auf die arabischen Flüchtlinge. Ihr Antrag wurde jedoch nicht angenommen. US Botschafter Arthur Goldberg betonte wiederholt, dass die Flüchtlingsklausel in Resolution 242 auch die Auflage miteinbezieht, die Anliegen der jüdischen Flüchtlinge zu berücksichtigen, die seit 1948 aus arabischen Staaten ausgewiesen worden waren und ihren gesamten Besitz verloren hatten.

Um zu verstehen, in welchem Ausmaß Resolution 242 die Grundlage für eine Friedensregelung im Nahen Osten bildete (und darüber hinaus welche Bedeutung Israel

Resolution 242 ist nicht selbstverpflichtend; es wird nicht von Israel erwartet, dass es sich unilateral aus Territorien zurückzieht, um seine Auflagen zu erfüllen. Sie verlangt direkte Verhandlungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn.

ihrem Inhalt beimaß), ist es notwendig, die Entwicklung zu betrachten und daran zu erinnern, dass die USA und Israel im Dezember 1973, kurz vor der Genfer Friedenskonferenz, ein Abkommen mit einer spezifischen Klausel unterzeichnet hatten, die lautete:

Die Vereinigten Staaten weigern sich und werden gegebenenfalls gegen jede dem Sicherheitsrat vorgelegte Initiative stimmen, deren Absicht es ist, den Auftrag der Genfer Friedenskonferenz abzuändern oder Resolutionen 242 und 338 in einem Maße abzuändern, das mit ihrer ursprünglichen Ausrichtung unvereinbar ist. (Paragraph 4)

Diese Verpflichtung stellte zur damaligen Zeit in den Augen einer Anzahl von US Senatoren etwas ganz Außergewöhnliches dar und führte dazu, dass die Rechtsberater des US Senats befragt wurden, ob sie in Übereinstimmung mit dem US amerikanischen Recht stehe. Was sie so beunruhigte war die Tatsache, dass entsprechend der oben erwähnten Klausel, die Nixon Regierung eine Richtlinie für die Außenpolitik der Zukunft festlegte, die durch ein Abkommen mit einem

Klausel weiterhin berücksichtigt wurde, sogar bei den im weiteren Verlauf unterzeichneten Abkommen mit den Vereinigten Staaten.

Schlussfolgerungen

Die UN-Sicherheitsratsresolution 242 – zusammen mit Resolution 338 – dient als einzige anerkannte rechtliche Grundlage für die Beilegung des arabisch – israelischen Konflikts, die sowohl für Israel als auch für die arabischen Staaten akzeptabel ist. (Durch die Annahme von Resolution 338, die auf eine auf der Grundlage von Resolution 242 gestützten Lösung des Konflikts Bezug nimmt, nahm Syrien nach dem Yom Kippur Krieg von 1973 die Resolution 242 an). Die Elemente von Resolution 242, die bei jeder Diskussion um die Bedeutung der Resolution zu berücksichtigen sind, beinhalten:

Laut Resolution 242 besteht für Israel weder eine Pflicht sich zurückzuziehen, bevor ein umfassender Frieden erreicht ist, noch besteht eine Auflage sich vollständig aus den 1967 eroberten Gebieten zurückzuziehen.

fremden Staat festgelegt worden war und nicht durch eine Regierungentscheidung. Dennoch stellte der Rechtsberater des Senats fest, dass die Verpflichtung der Nixon Regierung Israel gegenüber einen rechtlichen Anspruch genießt; es muss hier unterstrichen werden, dass diese

- Resolution 242 ist nicht eigenverpflichtend; es wird nicht von Israel erwartet, dass es sich unilateral aus Territorien zurückzieht, um ihre Auflagen zu erfüllen. Als Resolution unter Kapitel VI, verlangt sie

direkte Verhandlungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn. (Im Gegensatz dazu waren UN-Resolutionen zum Irak eigenverpflichtend unter Kapitel VII der UN-Charter. Sie verlangten vom Irak, sich ohne Verhandlungen aus Kuwait zurückzuziehen.)

- Sie enthält keine Verurteilung Israels Besetzung der Territorien, die die israelische Armee 1967 eroberte, noch wird die israelische Besetzung der Gebiete als „illegal“ definiert.
- Die verschiedenen Elemente der Resolution müssen parallel zueinander durchgeführt werden. Es besteht keinerlei Pflicht für Israel sich vor dem Erreichen eines umfassenden Friedens zurückzuziehen.
- Es gibt keine Forderung an Israel, sich vollkommen aus den von ihm 1967 eroberten Gebieten zurückzuziehen. Während sich Israel, im Rahmen seines Friedensvertrags mit Ägypten zu einem vollkommenen Rückzug bereit erklärte, bildet der ägyptische Fall keinen Präzedenzfall für andere Fronten. Die Ägypter haben tatsächlich versucht, eine Bezugnahme in die Verträge von Camp David einzubeziehen, mit einem Hinweis darauf, dass der ägyptisch-israelische Friedensvertrag die Hauptgrundlage für zukünftige Abkommen mit anderen arabischen Staaten bilden sollte. Was letzten Endes allerdings festgehalten wurde, war ein wichtiger Vorbehalt, der das ägyptische Modell einschränkte auf „soweit

angemessene“ andere Fälle.

- Resolution 242 enthält keine Bezugnahme auf ein palästinensisches „Rückkehrrecht“.
- Das aus der Resolution hervorgehende Hauptprinzip besagt, dass alle Themen zwischen den Parteien zur Verhandlung stehen können.

Footnotes

1. US Außenministerium

Das Jerusalem Center for Public Affairs (Jerusalem Center for Public Affairs)

Das 1976 gegründete Jerusalem Center for Public Affairs ist ein unabhängiges, gemeinnütziges Institut für Politikforschung. Seit seiner Gründung hat das Center Hunderte von Studien führender Experten zu einer ganzen Bandbreite von internationalen Themenkreisen veröffentlicht. Dr. Dore Gold, der erste UN Botschafter Israels, bekleidet seit Anfang 2000 das Amt des Präsidenten.

Regelmässige Veröffentlichungen des Centers:

- *Jerusalem Viewpoints* - liefert seit 1977 Hintergrundanalysen der Ereignisse in Israel und dem Nahen Osten.
- *Jerusalem Issue Briefs* – Insider Briefings von hohen israelischen Regierungsbeamten, Militärexperten und Akademikern im Rahmen des Instituts für Gegenwartskunde.
- *Daily Alert* – ein täglicher Abriss von Hyperlinknachrichten und Kommentaren zu Israel und dem Nahen Osten aus der hebräischen und internationalen Presse.
- *NGO Monitor* – fördert kritische Debatten und Verantwortlichkeit von Menschenrechts-NGOs im arabisch-israelischen Konflikt.
- *Post-Holocaust and Anti-Semitism* – eine Monatsschrift zur Untersuchung des Antisemitismus nach dem Holocaust.
- *Israel Campus Beat and Israel HighWay* – wöchentliches Informationsblatt für Studenten und Oberschüler.

Programme des Jerusalem Centers:

- **Global Terrorism** – Unter Verwendung bisher nicht veröffentlichter Dokumente untersucht JCPA Präsident Dr. Dore Gold den Einfluss des saudi-arabischen Wahhabismus auf die Ereignisse des 11. Septembers 2001 im New York Times Bestseller *Hatred's Kingdom: How Saudi Arabia Supports the New Global Terrorism* (Regnery, 2003).

- **Der Antisemitismus nach dem Holocaust** – Dr. Manfred Gerstenfeld initiierte und leitet dieses Programm, das u.a. Konferenzen und Seminare veranstaltet, Publikationen zu Wiedergutmachungsfragen, dem akademischen Boykott, der Holocaustverleugnung, dem Antisemitismus in der arabischen Welt, den europäischen Ländern und in den GUS-Staaten veröffentlicht.
- **Jerusalem in der internationalen Diplomatie** – Dr. Dore Gold analysiert den juristischen und historischen Anspruch Israels auf Jerusalem auf der Grundlage bestehender, rechtswirksamer Abkommen und UN Dokumente. Eine begleitende Forschungsarbeit von Justus Reid Weiner untersucht die „Illegal Construction in Jerusalem: A Variation on an Alarming Global Phenomenon“ (2003).
- **Israelische Wirtschaft und Privatisierung** – Dieses umfassende 10-Jahresprojekt untersucht die Durchführung und den Impact der Privatisierungspolitik Israels. Das vom Milken-Institut geförderte Projekt umfasst neun Veröffentlichungen in englischer und hebräischer Sprache.
- **Das politische System in Israel** – In seiner Serie „Israel at the Polls“ hat das Jerusalem Center akademische Analysen zu jedem israelischen Wahlkampf seit 1981 veröffentlicht.
- **Das Projekt Israel – Europa** – Ein Versuch in Zusammenarbeit mit europäischen Forschungseinrichtungen Israels Anliegen in Europa darzustellen.
- **Jewish Political Studies Review** – Eine 1989 gegründete wissenschaftliche Zeitschrift.

